

DG X - A / 1



GD X - A / 1

Après le Sommet
de la HAYE.

1-2/12/69



Neues Vertrauen in Europa

Von Hans Herbert Götz

Entgegen vielen berechtigten Befürchtungen ist die Haager Gipfelkonferenz ein Erfolg geworden, nicht nur für die sechs EWG-Staaten, sondern auch für die europäische Einigungspolitik. Dies gilt selbst dann noch, wenn man das ein wenig pathetisch formulierte Abschlußkommuniqué auf seinen harten Kern hin überprüft hat. Mehr war nicht herauszuholen.

Wenn der französische Außenminister nach Konferenzende davon sprach, daß die Konferenz ein voller Erfolg für Frankreich geworden sei und daß die drei Pariser Forderungen von der „Vollendung der Gemeinschaft“ (gemeint ist die gemeinsame Agrarfinanzierung), der „Vertiefung in Richtung auf eine Wirtschaftsunion“ und schließlich der „Ausweitung auf andere Staaten“ nun genau dort stünden, wohin sie Frankreich zu stellen verlangt hatte, kann ergänzend hinzugefügt werden, daß die französische Politik vor der Konferenz die notwendigen Kehrtwendungen in ihrer Europa-Politik schon vollzogen hatte. Was de Gaulle immer wieder verweigert hatte, ist nun beschlossen: Beitrittsverhandlungen und Kontrolle eigener Einnahmen der EWG durch ein gestärktes europäisches Parlament. Was die unerläßliche Reform der Agrarpolitik angeht, so hätte Brandt präzisere Formeln gewünscht; aber der Gedanke ist festgehalten, daß es Grenzen der finanziellen Belastung gibt, auch und gerade für Bonn. Schließlich muß die Bundesrepublik die neue Finanzverordnung genehmigen, und zwar nach dem Beginn von Beitrittsverhandlungen.

Wichtiger als die Agrarpolitik ist für die Zukunft der eindeutig bekundete Wille, die EWG stufenweise zu einer Wirtschaftsunion zu entwickeln. Hier haben Brandt und

Pompidou überraschend präzise gesprochen. Das heißt nun noch nicht, daß eine europäische Währungs-föderation schon in Sichtweite oder daß man sich einig darüber wäre, wieviel Geldentwertung in solcher Wirtschaftsunion noch erträglich sein könnte. Die Wirtschafts- und Finanzminister, auch die Notenbank-Gouverneure, haben hier eine große Aufgabe gestellt bekommen, von deren Lösung es abhängt, ob das geeinigte Europa wirklich zu jener Gemeinschaft der „Stabilität und des Wachstums“ wird, von der das Kommuniqué spricht. Auch die Europäische Kommission hat neue Aufgaben und Chancen erhalten und muß nun an ihre Pflicht erinnert werden: Sie möge aufhören, dem Rat Memoranden zuzuleiten; sie soll endlich wieder konkrete Vorschläge machen. Einige Kommissionsmitglieder beobachten die Zerfallserscheinungen im eigenen Hause seit langem mit Sorge.

Es bleibt die Beitrittsfrage. Das neue Klima des Vertrauens hat es, wie man sagt, erlaubt, auf die Festlegung eines Datums für die Beitrittsverhandlungen zu verzichten; man glaubte sich damit begnügen zu können, die Bedingungen zu umschreiben. Zwischen Pompidou und Brandt geht es anders zu als zwischen Adenauer und de Gaulle: nüchterner, aber auch präziser. Es gibt in der Frage der Beitrittsprozedur offenbar keine unterschiedliche Interpretation unter den Sechs. Nach Meinung der Gipfelkonferenz müssen die beitragswilligen Staaten akzeptieren: 1. die Verträge, 2. ihre politische Zielsetzung (eine Formel, auf die Paris großen Wert gelegt hat), 3. das seit 1958 geschaffene EWG-Recht, schließlich 4. die Grundsatzbeschlüsse, die in den

nächsten Monaten mit der Zielsetzung einer Wirtschaftsunion beschlossen werden sollen. Stimmen die Beitrittskandidaten dem zu, so wird die Gemeinschaft bis zur Jahresmitte und in positivem Sinne die Voraussetzungen für den Verhandlungsbeginn zu schaffen suchen. Daran anschließend, etwa im Herbst, wäre mit den anderen Partnern der Efta zu sprechen.

Der einzig feste Termin, der genannt wird, ist im Auftrag an die Außenminister enthalten, sich Gedanken darüber zu machen, wie man in der Frage der „politischen Einigung“ weiterkommen kann. Hier kann noch nichts Großartiges erwartet werden. Aber das Thema bleibt wenigstens auf der Tagesordnung der siebziger Jahre. Das Haager Kommuniqué ist ausführlich: sechzehn Punkte. Italien wäre es lieber gewesen, darin etwas über Tabak und Wein zu finden (worüber gesprochen wurde) als den Hinweis auf Abstimmung der Sozialpolitik und die europäische Universität. Der Verweis auf die Beteiligung der Jugend an der schöpferischen Gestaltung Europas hat etwas Formelhaftes.

Alle Beteiligten haben in den letzten Wochen in den Abgrund geblickt, in den sie der Ausbruch einer politischen Krise in der EWG gerissen hätte. Allerdings sind auch jetzt die Sachfragen nicht mit einem Zauberstab entschieden und die Konflikte nicht aufgelöst. Sie bleiben. Aber das wiedergewonnene Vertrauen kann den Akteuren im EWG-Ministerrat in den nächsten Monaten die Kraft verleihen, die Gegensätze vor dem Hintergrund der nun unwiderruflich beschlossenen Fortsetzung der Einigungspolitik unverdrossen auszuräumen. Diese Arbeit bleibt mühselig.

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: WELT
 DATE-DATUM: 4.12.69 PAGE-SEITE: 2
 CLASSEMENT-ABLAGE: d. sp. La Haye
 A-AN: BS + in. Paris

Hoffnung für Europa

Von RUDOLF HERLT

Schon die Tatsache, daß sich die sechs Regierungschefs im Haag nicht zerstritten haben, muß als Erfolg gewertet werden. Die Fülle der ungelösten Fragen und die Menge politischer Konfliktstoffe ließen es als möglich erscheinen, daß sich das Europa der Sechs wieder in seine Bestandteile auflöst. So schlimm stand es um die Gemeinschaft. Diese Trostlosigkeit hat die Gipfelkonferenz von Europa genommen. Die Mitglieder der Gemeinschaft haben erklärt, daß der politische Wille zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Integration lebendig ist und daß die Kraft ausreicht, neue Ziele anzuvisionieren. In soweit darf Europa wieder hoffen.

Doch diese Hoffnung stützt sich zunächst nur auf Worte und auf das Vertrauen, das die von de Gaulles steriler Europa-Politik enttäuschten Partner dem Nachfolger des Generals entgegenbringen. Wie immer, wenn einem Partner gegenüber besondere Vorsicht geboten ist, werden, um den dunklen Sinn seiner Worte zu ergründen, ungewöhnliche Interpretationskünste ins Spiel gebracht. Möglicherweise sind die diplomatisch glatten Formulierungen Pompidous tatsächlich nur mit der innenpolitischen Lage in Frankreich zu erklären; zur Klarheit haben sie nicht beigetragen. Daran ändert auch das Urteil hochgestimmter Interpreten nichts, daß der General selbst nie soweit gegangen war wie sein Nachfolger.

Diese Euphorie ist insbesondere durch Pompidous Verhalten in der britischen Frage genährt worden. Gewiß, seine Partner müßten ihn darauf festnageln, wenn es nötig werden sollte, daß er die Vorverhandlungen über den Beitritt „wirksam, rasch und in positivem Sinne“ geführt sehen möchte. Doch sie dürfen nicht übersehen, daß es den Franzosen gelungen ist, sich im Kommuniqué auf keinen Termin festlegen zu lassen. Der Bundeskanzler sprach vom Frühlingsende, der niederländische Ministerpräsident vom 30. Juni 1970 als äußerstem Termin, an dem mit Gesprächen innerhalb der Sechs über England begonnen werden könnte. Man wird sich vielleicht im Juni treffen. Dann kommen die Ferien, so daß mit ernsthafter Arbeit erst nach der Sommerpause zu rechnen ist.

Der potentielle Störer hat es in der Hand, solche Verhandlungen hinzuschleppen. Haben wir nicht genug Erfahrungen mit dem französischen Geschick, immer neue Hürden aufzubauen, wenn es im Interesse Frankreichs für notwendig gehalten wird, um skeptisch zu sein? Mögen die fünf Partner Frankreichs um Europas willen recht behalten, daß sie diesmal keinen Grund zum Zweifeln haben. Mit Brief und Siegel sollten sie ihre Vertrauenskundgebungen erst versehen, wenn England mit am Verhandlungs-

über England wird gesprochen
Zukunftsmusik in der Währungspolitik
Kopernikanische Wende blieb aus

der gemeinsamen Agrarpolitik soll der Ministerrat bis Ende 1969 endgültig regeln. Da müssen wohl wieder die Uhren angehalten werden. Denn gleichzeitig mit der Finanzregelung muß auf Wunsch der Bundesrepublik die Frage geprüft werden, wie die Gemeinschaft der Agrarüberschüsse Herr werden kann. Die Bemerkung im Kommuniqué, daß dabei eine „Beschränkung der Haushaltslasten“ angestrebt wird, muß den Franzosen zu denken geben. Das Verhandlungsprogramm wird sechs bis acht Ratssitzungen füllen. Aber erst wenn die Parlamente im nächsten Jahr die Beschlüsse ratifiziert haben werden, wird Frankreich wissen, ob es zufrieden sein kann. Pessimisten meinen, die Zufriedenheit auf diesem Gebiet könnte in der England-Frage in Desinteresse umschlagen.

Die Sätze der Kommuniqués über eine künftige gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik, die über einen Stufenplan (dessen Grundzüge in dieser Zeitung am 24. November dargestellt wurden) schließlich mit einer Wirtschafts- und Währungsunion gekrönt werden soll, lesen sich nach den Währungsunruhen der letzten Monate wie ein Glaubensbekenntnis. Denn nur eine Währungsunion mit harmonisierter Konjunkturpolitik macht Wechselkurskorrekturen überflüssig. Sind alle Mitgliedsländer wirklich schon bereit, auf eine Reihe liebgewordener Souveränitätsrechte zu verzichten? Wenn nicht, wurde uns wohlklingende Zukunftsmusik geboten. Daß das europäische Parlament zunächst mehr Befugnisse vor allem in der Haushaltskontrolle bekommen soll, ehe es direkt gewählt werden kann, ist eine vernünftige Reihenfolge. Wenig konkret sind auch die anvisierten Ziele auf technologischem Gebiet.

Alle diese Beteuerungen sind sehr lobenswert. Doch die Kardinalfragen blieben offen. Werden wir in einem wirtschaftlich integrierten Europa leben oder in einem Klub, dessen Mitglieder im Bedarfsfalle miteinander kooperieren? Wird es eine europäische Außenpolitik geben oder zehn? Wird auch Frankreich wieder an der integrierten Verteidigung teilnehmen? Wird die Kommission ein Sekretariat zur Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten bleiben oder werden Souveränitätsrechte an sie übertragen? Vorläufig arbeiten die einzelnen Regierungen im traditionellen Sinne weiter. Richtschnur sind die nationalen Interessen. Die kopernikanische Wende ist im Haag noch nicht eingeleitet worden.

tisch sitzt. Wer garantiert uns, daß die Franzosen nicht mit beruhigenden Worten Zeit gewinnen wollen, bis sie erkennen, wie die Frage der Agrarfinanzierung für sie gelöst wird? Die Finanzierung

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG:

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

DATE - DATUM:

4/17/69

PAGE-SEITE:

4

CLASSEMENT-ABLAGE:

d. sp. La Haye

A-AN:

BS + d. Paris

Europa - am Tag danach

VON MAXIM FACKLER

Am Tag nach der Haager Gipfelkonferenz der EWG gibt es keinen Anlaß, nun gleich alle europäischen Glocken zu läuten; noch weniger aber besteht Ursache, Trauerfahnen aufzuziehen. Die EWG hat eine Prüfung bestanden, wobei freilich Examierte und Examinatoren identisch waren. Sie haben sich eine gute Note erteilt. Die Zensuren der europäischen Völker müssen noch eingesammelt werden; sie werden je nach den Vorstellungen ausfallen, die einer von Europa hat. Die Geduld ist ungleich verteilt auf unserem Kontinent. Aber die Erleichterung, die alle sechs Delegationen am Konferenzende beseelte, machte erst deutlich, wie bedenklich es um Europa gestanden hatte. Man hatte vorher Konferenzhader nicht ausgeschlossen, einen Mißerfolg hatten nur wenige aus ihren Vorahnungen völlig verbannt.

Nun, die EWG ist nicht gerade eben noch so gerettet worden. Das Ergebnis ist größer: Die Gemeinschaft hat sich stabilisiert, und das Wort Vertrauen, das unter den Sechs schon in jüngster Zeit wieder in Schwang gekommen war, hat, wie es scheint, an Glaubwürdigkeit beträchtlich gewonnen. War es nur der „Zwang zum Erfolg“, der dies bewirkt hat? Die wichtigste allgemeine Lehre, die aus dem Treffen zu ziehen ist, ist die: Man hat sich nicht damit zufriedengegeben, daß man feststellte, die EWG könne ja, zwölf Jahre nach der Unterzeichnung der Verträge und kurz vor dem Übergang in die Endphase, deren Beginn am 1. Januar 1970 beschlossene Sache ist, gar nicht mehr sterben. Vielmehr wurde mit allem Ernst über deren Zukunft beraten, wie sie sich — zunächst mehr theoretisch — in den drei Komplexen *Vollendung, Vertiefung* und *Erweiterung* ausdrückt. Diese Dreiheit, als Formel französischen Ursprungs, war zwar schon vor der Konferenz in aller Munde; koordiniert war damit aber bei weitem noch nicht alles.

Der Erfolg liegt darin, daß für die Dreiheit keine automatischen Zwänge aufgestellt worden sind, daß sich die Aufgaben und Vorhaben miteinander verflochten ließen. Frankreich hat sein europäisches Engagement durch Präsident Pompidou bekräftigt: es gibt gegen Großbritanniens Beitritt kein Veto mehr! (Aber das Juni-Ende 1970 als Termin, bis zu dem Aufnahmeverhandlungen beginnen sollen, konnte doch nicht ins Communiqué hineingebracht werden; es soll gleichwohl gelten.) Pompidou, der Initiator der Haager Konferenz, hat auf ihr anderen den Vortritt gelassen, und gerade dadurch hat er wohl dazu beigetragen, daß die europäische Sache ge-

wonnen hat. Die konkreten französischen Vorschläge stellten sich dann schon ein. Der Konferenzsaal war aber nicht einmal der wichtigste Ort des Geschehens. Die Aussprachen zu zweit und zu viert und bei der Tafel haben den Fortschritt erbracht. Darum kann man auch nicht sagen, es hätte der Gipfelkonferenz gar nicht bedurft, auch ein normaler EWG-Ministerat hätte das gleiche Ergebnis erbracht.

Das Communiqué ist reichlich mit Worten wie *Glauben, Vertrauen, Entschlossenheit, Willen* durchsetzt. Da die Konferenz jedoch beteuert hat, die Gemeinschaft sei wegen ihrer Erfolge an einem Wendepunkt angelangt, so war es auch unvermeidlich, die Beweggründe aus ihrer Gründerzeit neu zu beschwören. Wir nehmen sie nicht nur für Floskeln. Was der Wille im einzelnen erreichen soll, ist als Programm aufgestellt worden, zur Ausführung durch die regulären Instanzen der EWG.

Dazu gehören: endgültige Finanzregelung bei der Agrarpolitik, bessere landwirtschaftliche Erzeugungspolitik, Stufenplan für den Übergang zur richtigen Wirtschafts- und Währungsunion, technologische Aktivität, Forschungspläne, Jugendaustausch. Die Ordnung des kaum noch für Fachleute durchschaubaren Agrarmarkts ist also weiter offen, mit allen seinen Risiken. Die politische Zusammenarbeit ist im Communiqué nur leicht gestreift: Die Außenminister sollen sich darüber ihre Gedanken machen, und zwar „unter der Perspektive der Erweiterung“, was bedeuten muß, daß man künftige Mitglieder — und sie werden kommen — ins Kalkül zieht. Hier lauern Schwierigkeiten. Mehr Rechte für das Europaparlament — man liest es gerne und hofft auf ein Einlenken vornehmlich in Paris.

Die im Communiqué aufgezählten Vorhaben sind allesamt gut, allein, man könnte auch sagen, daß sie alle gemacht werden müssen, wenn die EWG nicht stehen bleiben soll. Die Konferenz hat ihrer europäischen Pflicht genügt. Erobert hat sie neue Dimensionen noch nicht, doch hat sie dazu Türen geöffnet. Einzelzensuren auszu-teilen wäre etwas mißlich, jedoch ist augenfällig, daß sich die deutsch-französische Zusammenarbeit bewährt hat, daß Pompidou und Brandt „den Ernst der Lage“ erkannt haben. Dies besagt noch nicht, daß die Interessen beider gleich wären. Die EWG ist den Verträgen treu geblieben; sie stellt sich jetzt so vor, daß man wieder glauben kann, aus ihr werde Europas Einheit herauswachsen. Sehr bald geschehen wird dies allerdings nicht.



Neuer Anlauf für Europa?

Die Den Haager Gipfelkonferenz hat im wesentlichen ihre Ziele erreicht

Den Haag war eine Reise wert. Jedenfalls zeigten sich Premierminister Pierre Werner und Außenminister Gaston Thorn gestern sehr befriedigt über die Ergebnisse des europäischen Gipfels. „In vielen seit langem schleppenden Fragen wurde ein Durchbruch erzielt“, erklärte uns Pierre Werner nach der Schlußsitzung. Werner wie Thorn waren einstimmig der Auffassung, daß der Gipfel nötig war und auch Klärungen gebracht hat, die auf den normalen Ministerratssitzungen der Sechs nur schwerlich erfolgt wären.

Wenn also die Staats- und Regierungschefs sowie ihre Außenminister sich gestern nach der Sitzung allgemein befriedigt über das Ergebnis ihrer Verhandlungen zeigten, so wird das breite europäische Publikum jedoch in der Schlußerklärung der Gipfelkonferenz keine allzu schwerwiegenden politischen Optionen finden.

Gewiß, in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft tut sich nun endlich was. Auch hat man sich zum Ziel gesetzt, vor dem 31. Dezember dieses Jahres die finanzielle Regelung des landwirtschaftlichen Europas zu verabschieden. Daneben ist man gewillt, die Währungspolitik der Sechs zu koordinieren und man denkt sogar daran, dem europäischen Sozialfonds eine neue Orientierung zu geben. So weit, so gut. Was jedoch die politische Integrierung Europas sowie eine eventuelle Verstärkung der europäischen Institutionen angeht, so erfolgten auf dem Haager Gipfel keine Impulse in dieser Richtung.

Wenn die Lage nach dem Ablauf des ersten Tages der Gipfelkonferenz allgemein relativ pessimistisch eingeschätzt wurde, so besserte sich die Atmosphäre im Laufe des zweiten Tages zusehends. In den meisten Punkten kamen die Minister unerhofft schnell voran, und am frühen Nachmittag sah es so aus, als könnte die Konferenz gegen 17 Uhr abgeschlossen werden. Erst als das von einem Redaktionskomitee ausgearbeitete Schlußkommuniqué zur Sprache kam, zeigten sich einige Schwierigkeiten und während über zwei Stunden wurde um Wörter und Kommas gefeilscht, so daß das geplante Abschiedsbankett um eine halbe Stunde zurückverlegt werden mußte. Erst gegen 19.30 Uhr konnten die Sechs sich auf einen gemeinsamen Text einigen, der, alles in allem gesehen, relativ dürftig ausfiel.

Was zählt, ist jetzt vor allem, daß Pompidou die Partner Frankreichs von seinem guten Willen überzeugen konnte. Man traut einander wieder. Schon das kann als wichtiger Erfolg gewertet werden. Auch die Tatsache, daß in den wesentlichen Punkten eine prinzipielle Übereinstimmung gefunden werden konnte, ist wichtig für die Zukunft. So betrachtet, könnte Den Haag ein neuer Anlauf für Europa sein.

Die Erweiterung der Gemeinschaft

Insbesondere in der sehr wichtigen Frage der Erweiterung der Gemeinschaft ist im Kommuniqué nicht viel mehr als eine bessere Absichtserklärung zu finden.

Laut Kommuniqué bekräftigen die Sechs „ihre Übereinstimmung hinsichtlich des Grundsatzes der Erweiterung der Gemeinschaft“. Entgegen der Forderung Willy Brandts, im Frühjahr 1970 die Verhandlungen mit Großbritannien und den drei anderen beitragswilligen Ländern aufzunehmen, geht keine Rede von einem festen Termin. Die Sechs erklärten lediglich, daß sie sich einig waren, „daß die für die Erarbeitung einer gemeinsamen Verhandlungsbasis unerläßlichen Vorbereitungen innerhalb nützlichster u. kürzester Frist durchgeführt werden können“. Diese Vorbereitungen sollen nach „übereinstimmender Auffassung in sehr positivem Geist getroffen werden“. Wie jedoch verlautete, einigten die Sechs sich dahingehend, die Vorbereitungen zu den Beitrittsverhandlungen im ersten Semester 1970 abzuschließen.

Während dies jedoch für die einen eine Frage des „Müssens“ ist, ist es für Frankreich eine Frage des „Sollens“. Wie dem auch sei, mit etwas gutem Willen könnten die Verhandlungen mit den beitragswilligen Staaten spätestens am 30. Juni 1970 beginnen.

Die Aufnahme von Verhandlungen bedeutet jedenfalls nicht, daß diese Verhandlungen auch positiv verlaufen müssen. Pompidou sagte nämlich in dieser Angelegenheit „oui, mais...“, das heißt, er stellte eine Reihe Bedingungen und forderte insbesondere, daß an den bisher erreichten gemeinschaftlichen Zielen nichts Grundlegendes geändert wird.

Daneben werden die Beitrittsverhandlungen mit Sicherheit über eine längere Periode andauern. Der Präsident der europäischen Kommission, Rey, der am

- 2 -

Im Falle einer Erweiterung der Gemeinschaft kann eine Anpassung dieser endgültigen Finanzregelung erfolgen. Auf Drängen der Franzosen wurde bestimmt, daß diese Anpassung jedoch einstimmig erfolgen soll und dabei die Grundsätze dieser Regelung nicht verfälscht werden dürften.

Absichtserklärungen, Absichtserklärungen ...

In einer ganzen Reihe von Fragen gebar der Gipfel nur Mäuse. So wurde erklärt, daß die technologische Aktivität der Gemeinschaft intensiviert werden soll, ein neues Forschungsprogramm für Euratom ausgearbeitet werden soll, eine Reform des Sozialfonds im Rahmen einer weitgehenden Abstimmung der Sozialpolitik angebracht wäre usw. usw. Selbst an der Schaffung einer europäischen Universität bekundeten die Sechs ihr Interesse. Konkrete Pläne standen jedoch nicht zur Debatte.

Am weitesten gediehen jedoch sind die Erörterungen über den sogenannten Barre-Plan. Die Sechs kamen überein, im Laufe des Jahres 1970 einen Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten und die Möglichkeit der Errichtung eines europäischen Reservefonds zu prüfen. Die Fortschritte in puncto Währungspolitik sind durch die jüngsten Unruhen auf diesem Gebiet zu erklären. Den Delegationen saß augenscheinlich die Angst vor weiteren Bewegungen der einzelnen Währungen in den Knochen.

Von der politischen Vertiefung Europas wurde recht wenig gesprochen. Im Kommuniqué wird nur erwähnt, daß die Außenminister damit beauftragt werden, vor Ende Juli 1970 Vorschläge zu unterbreiten, wie in der Perspektive der Erweiterung der Gemeinschaft am besten Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Einigung erzielt werden können.

Was das Europäische Parlament anbetrifft, so kamen die Sechs zwar überein, die Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments zu verstärken, doch scheinen sie sich nicht dazu durchringen zu können, entsprechend der Straßburger Resolution die europäischen Parlamentarier in jedem Land direkt zur Wahl zu stellen.

In diesem Punkte schien bei allen Delegationen der europäische Wille hinter den nationalistischen Interessen zurückzutreten. Man fürchtet anscheinend böse Überraschungen bei einer Direktbesetzung des Europaparlamentes.

zweiten Tag des Gipfels hinzugezogen worden war, erklärte in seiner Ansprache, daß solche Verhandlungen sich über zwei bis drei Jahre hinziehen würden. Rey wurde in dieser Hinsicht nicht widersprochen, so daß es also frühestens 1972 wird — wenn alles gut verläuft —, bis die Erweiterung der Gemeinschaft vollzogen werden kann.

Von unserem nach Den Haag
entsandten Redaktionsmitglied
ROBERT GOEBBELS

Die Finanzierung des Grünen Europa

In der Frage der „Vollendung der Gemeinschaft“, auf die besonders die Franzosen stark drängten, wurde bekräftigt, bis Ende 1969 die endgültigen Finanzregelungen der gemeinsamen Agrarpolitik festzulegen.

Wie Pierre Werner uns erklärte, wird man aber wahrscheinlich die Uhr anhalten müssen, um vor Ende des Jahres noch eine Regelung für all die dornigen Probleme zu finden, die sich im Zusammenhang mit der Finanzierung des Grünen Europas stellen.

Jedenfalls ist das Prinzip der Vollendung festgehalten worden.

Um den Deutschen entgegenzukommen, die von einer Agrarfinanzregelung am empfindlichsten getroffen werden, soll versucht werden, durch eine landwirtschaftliche Erzeugungspolitik eine bessere Beherrschung des Marktes zu erlangen. In anderen Worten sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Agrarüberschüsse einzudämmen, um somit ein ins uferlose Ansteigen der Ausgleichszahlungen zu erreichen.



Article signalé

APRES LE SOMMET DE LA HAYE

L'Europe redémarre

Après la conférence au sommet de La Haye, l'Europe a des chances sérieuses de sortir de la stagnation anémiant dans laquelle elle s'était assoupie depuis un certain temps. Sans pour autant connaître un état de grâce sublime, ses participants ont bénéficié d'assez de grâces d'état pour franchir une étape que l'on qualifiera de capitale si, dans des délais raisonnables et réalistes, les objectifs désignés sont atteints.

L'ouverture française

Le succès de la conférence au sommet découle essentiellement du réel esprit d'ouverture de la délégation française. La France pompidienne a compris que son poids dans les affaires européennes et même mondiales dépendait, d'une part, de son renouvellement industriel et, d'autre part, de sa participation sans réserves au jeu du Marché commun. C'est par la communauté des Six, renforcée et élargie, que la France disposera des meilleurs atouts pour son essor et sa prospérité et son influence dans le monde. Abandon de la politique d'indépendance ? C'est, dans la réalité, exactement l'opposé. L'isolement n'est pas l'indépendance. C'est le repliement sur soi, au contraire, qui provoque la faiblesse et, finalement, la perte de l'indépendance.

A cet égard, il est hautement significatif que le gouvernement français ait reconnu l'importance de la Commission Rey, qu'il a couverte de fleurs et qui a participé à la conférence au sommet. Il est également important que la France ne songe pas à une Europe politique décollée de l'intégration économique.

Une forte Allemagne

Une deuxième observation fondamentale s'impose, qui concerne l'Allemagne de Bonn. On la savait très forte et on ne peut décemment lui en vouloir puisque sa force résulte de sa bonne politique monétaire, de sa productivité industrielle, de sa constante concertation syndicalo-patronale, et des erreurs qu'elle a été empêchée de commettre dans le domaine nucléaire militaire.

M. Willy Brandt a démontré, à La Haye, qu'il avait perdu tout complexe, en abandonnant la pudeur traditionnelle de ses prédécesseurs à la Chancellerie. Il faudra de toute évidence s'habituer à cette nouvelle psychologie allemande. Ce ne sera pas un drame si l'Allemagne joue rigoureusement le jeu européen et les interventions de M. Brandt ont été plus que convenables à cet égard.

L'idéal est naturellement que les partenaires de l'Allemagne la prennent au mot et l'arriment plus irréversiblement que jamais à l'Europe « européenne ». C'est pour-

quoi il est politiquement si important que réussissent l'achèvement et l'approfondissement de la Communauté européenne, de telle sorte que se multiplient les engrenages et les interpénétrations, dont nul ne pourrait se déloger sans en subir de profonds dommages nationaux.

Messieurs les Anglais

La décision la plus spectaculaire de la conférence au sommet de La Haye fut, bien entendu, la décision d'entamer les négociations sur l'adhésion de la Grande-Bretagne au plus tard au début du second semestre de 1970. Londres aperçoit enfin le tissu, sinon la coupe, de la robe de mariée qu'on lui promet depuis huit ans. Sa maturité a mûri entre-temps et ce n'est peut-être pas plus mal.

Ce ne sera pas une mince affaire, car le Royaume-Uni n'est pas n'importe qui et son poids sera lourd dans la Communauté élargie. Suivant M. Rey, la négociation prendra du temps et la ratification des adhésions nouvelles ne pourrait intervenir avant 1972. Nos amis britanniques, que la Belgique accueillera avec une sympathie évidente, sont de toute évidence obsédés par les problèmes agricoles, le beurre de Nouvelle-Zélande et leur livre sterling. Tout cela et d'autres choses encore peuvent s'arranger.

Ce qu'il faut leur dire essentiellement, pour autant qu'on puisse prévenir leurs réactions, c'est qu'ils devront d'abord admettre que ce n'est pas le Marché commun qui adhère à la Grande-Bretagne, mais bien le contraire. Ils devront également se méfier de leur zèle de néophyte. Ils vont entrer dans un club qui a pris des habitudes et qui a des manies. De surcroît, ils semblent penser — et ce n'est pas sans danger — que l'Europe intégrée, et qui normalement le sera davantage quand ils en franchiront la porte, constitue un amalgame politique, préoccupé avant tout d'une stratégie et d'une tactique visant à exercer une influence extérieure pragmatique, c'est-à-dire variable.

Le Marché commun sera toujours, même s'il débouche sur sa finalité politique, un système économique aux prolongements sociaux, monétaires et technologiques, qui impose une discipline collective, des vœux — au sens quasi religieux du terme — et finalement un art de vivre peu fantaisiste ressemblant fort aux dimanches anglais. Londres n'aura pas à faire la balance entre Paris et Bonn mais à se conduire aussi bien que M. Pompidou, avec plus de discrétion que M. Brandt.

Des compositeurs

En préface au sommet de La Haye, nous avons écrit que, le temps des automatismes étant dépassé dans la Communauté, l'Europe avait plus besoin de compositeurs que d'instrumentistes. Une certaine partition a été esquissée, grâce à une série d'options économiques, financières, monétaires et même de politique étrangère, face aux blocs américain et russe.

Il faut souhaiter que l'intégration progresse dans la voie des engrenages logiques, au départ de l'union douanière. Mais il faudrait se méfier si l'on s'engageait dans des ambitions excessives ou prématurées. Une coopération monétaire, même poussée, est intéressante mais le plus simple et le plus adéquat serait, en attendant, que les Etats membres pratiquent, tout de suite, des politiques nationales satisfaisantes en matière budgétaire, en refusant notamment les facilités inflationnistes.

Il faut espérer que l'Europe acquière progressivement son autonomie technologique, qu'il s'agisse de l'informatique ou du domaine nucléaire. Mais on devra éviter qu'un Euratom ressuscité, déviant en une lourde machinerie suprématiste, sans laisser à l'entreprise privée l'occasion, dans des conditions favorables du point de vue de la dimension de marché, de faire ses preuves.

On appréciera d'autre part que les ministres des Finances et de l'Economie vont enfin s'intégrer

au Marché commun, à intervalles réguliers et obligatoires, de telle sorte que les Conseils « de » ministres européens ne soient plus seulement ceux des Affaires étrangères, peu soucieux de l'intendance, ni ceux de l'Agriculture, abusivement braqués sur leurs problèmes particuliers. Il était étrangement paradoxal que les responsables nationaux de l'économie, des finances et de la monnaie, demeurent étrangers à une Communauté aux objectifs et aux conséquences, financières et monétaires.

Une réanimation

On verra ce qu'on verra, au lendemain de cet encourageant sommet de La Haye, mais on peut avoir le raisonnable espoir que se réalise, de façon progressive et réaliste une déclaration intergouvernementale très ambitieuse.

De toute façon, la conférence des chefs d'Etat ou de gouvernement étant terminée, le travail sérieux va commencer. A Bruxelles, après une longue période sans sel, va démarrer une longue étape au cours de laquelle les responsables européens devront réaliser l'achèvement, l'approfondissement et l'élargissement du Marché commun. Ce sera difficile, ingrat, peu glorieux mais passionnant. On souhaite qu'on ait, de temps à autre, l'occasion de pavoiser, grâce à la manifestation d'une volonté politique européenne digne de notre passé et à la mesure de notre avenir.

DG X - A/1



GD X - A/1

JOURNAL-ZEITUNG: LE SOIR

DATE-DATUM: 3 / XII / 69 PAGE-SEITE: 1 - 3

CLASSEMENT-ABLAGE: dsf la Haye

A-AN: B/S

Accord des Six à la conférence au «sommet» de La Haye

La négociation Marché commun-Londres pourra s'ouvrir après le 30 juin 1970

La France obtient que le règlement financier définitif de la politique agricole sera adopté avant le 1^{er} janvier prochain

(DE NOTRE ENVOYE SPECIAL.)

La Haye, 2 décembre.
A l'issue d'une négociation serrée, qui s'est prolongée de deux heures au-delà de l'horaire prévu, la conférence au sommet des Six est parvenue à un accord, sur la base du compromis depuis longtemps prévu: en échange d'un règlement financier définitif de la politique agricole commune, qui sera adopté le 31 décembre prochain au plus tard, la France a accepté que la négociation sur les candidatures de la Grande-Bretagne, de l'Irlande, du Danemark et de la Norvège, s'ouvre dès le début du second semestre de 1970, après que les Etats membres du Marché commun se seront mis d'accord sur une position conjointe concernant le problème de l'élargissement.

Cette dernière précision de date n'est pas mentionnée noir sur blanc dans le communiqué final de la conférence. Mais le passage qui s'y rapporte a été repris mot pour mot d'une déclaration de M. Georges Pompidou lui-même et une interprétation unanime a été donnée verbalement aux expressions «délais les plus utiles et les plus rapides» et «esprit le plus positif». «Je ne vois aucune raison, a déclaré M. Maurice Schumann, ministre français des Affaires étrangères, pour que nos travaux préparatoires, c'est-à-dire la définition d'une attitude commune à l'égard de l'élargissement, exigent plus d'un semestre.»

Concernant le règlement financier agricole, il convient de noter,

tout d'abord, que la France accepte ses conséquences politiques, à savoir la création de ressources propres pour le financement intégral du budget de la Communauté et le contrôle de ce budget par le Parlement européen. Elle avait refusé ces mêmes conséquences en juin 1965, au prix d'une crise particulièrement grave du Marché commun.

D'autre part, la nécessité a été reconnue d'assurer une meilleure maîtrise du marché agricole, c'est-à-dire de lutter plus efficacement contre la formation d'excédents. Enfin, et surtout, la France a accepté que le règlement financier puisse être adapté «en fonction

notamment d'une Communauté élargie». Mais cette adaptation devra se faire à l'unanimité, ce qui laisse une carte maîtresse à Paris. Il y a certes un décalage entre le 1^{er} janvier et le 30 juin 1970. Mais il convient de noter que le règlement financier agricole, par ce qu'il est définitif, doit être poursuivi: cela méritait sans mis à la ratification parlementaire des six Parlements. Les partenaires de la France ne se sont donc pas démunis de tout moyen de pression, si besoin en était encore après les solennelles déclarations de M. Pompidou.

Quant au développement ultérieur de l'intégration, le sommet a proclamé une série d'intentions d'un grand intérêt, qui reprennent les idées émises par les divers chefs de délégation. En substance et en principe, il a été convenu de progresser vers l'union monétaire et de développer la coopération technologique, ce qui inclut un sauvetage d'Euratom.

A peu près tous les problèmes immédiats et concrets, qui ont fait l'objet des débats du sommet européen, pouvaient être traités et résolus par un simple conseil des ministres de la Communauté, comme il s'en tient une douzaine par an et davantage.

Toutefois, l'entreprise était ardue à un tel état de paralysie que sa guérison réclamait un traitement de choc.

Au fil du temps, la question de se poser de savoir si l'expérience devait ou non se poursuivre: cela méritait sans doute une décision au plus haut niveau ou, si l'on veut, la mise en scène spectaculaire d'un sommet. Celle-ci était d'autant plus nécessaire que le théâtre de la Ridderzaal devait être celui d'une conversion: la découverte ou la redécouverte par la France des mérites de l'Europe.



Entendons-nous : il ne s'agit pas pour M. Georges Pompidou de devenir un incondicional du supranationalisme, mais bien plutôt de convenir qu'une politique propre est désormais inconcevable pour un pays européen isolé, alors que la Communauté offre le cadre et les moyens ou au moins l'espérance d'une pareille politique. L'Europe des réalités, dont parle le nouveau président français, ce n'est pas seulement le refus d'une Europe idéale, c'est aussi la constatation de certains faits.

Un de ceux-là et non des moindres est, à coup sûr, la réémergence de l'Allemagne en tant que sujet et non plus comme simple objet de la politique. Le chancelier Willy Brandt a fait grosse impression à La Haye, au point d'enlever presque la vedette à M. Pompidou qui, à vrai dire, a paru trop confiant au départ. La grande satisfaction de ce « sommet » a été d'ailleurs de constater que si M. Brandt a été beaucoup plus net que d'autres chanceliers allemands, il a mis cette netteté au service de la cause européenne. N'est-ce pas lui qui a dit tout haut ce que les Français pensent peut-être tout bas : que l'une des raisons de faire entrer la Grande-Bretagne dans le Marché commun est de trouver un contrepoids à la nouvelle puissance allemande ?

Les Six ont donc décidé de continuer la Communauté. Ont-ils réellement débloqué la voie pour autant ? Pour l'immédiat, certainement. L'accord sur le règlement agricole empêche un capotage qui eut été catastrophique. L'accord sur la négociation avec l'Angleterre, même s'il est moins ferme dans son dessin, est tout aussi positif. Le spectre menaçant de la faillite est écarté. En ce qui concerne un avenir plus lointain et M. Pompidou et ses partenaires ont formulé à La Haye une série de propositions constructives et réconfortantes. Le communiqué final de la conférence en rappelle quelques-unes, noir sur blanc.

Les engagements pris ne sont pas d'une précision contraignante et les pessimistes diront que tout reste à faire. Mais il est vrai aussi que le sommet n'avait pas le temps de faire davantage que de définir quelques grandes orientations.

Ici, également, à défaut d'un enthousiasme qui se cherche encore, l'« Europe des réalités » peut avoir son influence.

Il est évident, à cet égard, que les récentes mésaventures des grandes devises européennes favoriseront les progrès de l'union monétaire, notamment la création d'un Fonds de réserve européen. De même, la nécessité d'une coopération technologique est devenue tellement aveuglante que l'on peut désormais espérer le sauvetage de ce qu'il restait d'Euratom et même d'une extension de son action, notamment au domaine de l'informatique.

Enfin, il n'est pas impossible que la « contestation » aboutisse à

une plus étroite association de la jeunesse à l'entreprise européenne.

Si tout reste à faire, ce reste ne dépendra pas seulement de la pression des faits, mais de la restauration de la confiance entre les Six. A cet égard, il faut rendre hommage à M. Pompidou. Si, à propos de l'Angleterre, il n'a pas tout lâché — lui qui a une majorité — à M. Brandt — qui a une opposition —, il a multiplié les assurances sur le fond et sur la procédure avec une étonnante constance. A-t-il réussi dans son entreprise ?

On n'oserait le jurer tout à fait, mais compte tenu de la méfiance passée, le progrès est certainement considérable.

Sur le plan psychologique, on a donc marqué des points. Mais sur le plan du développement politique de la Communauté, sur ce qui, en vérité, relevait de la compétence propre du sommet ? Ici également, il faut faire la part des choses.

La première impression est plutôt décevante. S'agissant du développement institutionnel interne de la communauté, on ne s'est pas engagé résolument dans la voie du supranationalisme ou du fédéralisme.

On ne perd pas de vue l'élection du Parlement européen au suffrage universel direct et les ministres des Affaires étrangères sont chargés d'étudier les moyens de mettre en œuvre une certaine coopération politique : c'est tout. D'autre part, les premiers paragraphes de la déclaration finale, qui traitent, si l'on veut, de la doctrine politique de la Communauté, étaient visiblement rédigés depuis longtemps.

Ce sujet, à La Haye, n'a d'ailleurs pas donné lieu à de grandes envolées, ce qui ajoute à un certain sentiment de frustration.

Cependant, compte tenu une fois de plus d'où l'on vient, les progrès de l'harmonie ne sont pas si négligeables que cela. La France ne provoquera plus une crise parce que le Parlement européen contrôlera le budget de la politique agricole commune. Et, sans plus soulever de passions entre les Six, une même phrase peut parler des fidélités de l'Europe « à ses amitiés extérieures » et de « favoriser le rapprochement entre tous les peuples et d'abord entre ceux du continent européen tout entier ».

Concluons : le communiqué de La Haye, ce n'est pas encore la déclaration de Messine. Il faudra peut-être un autre sommet pour parvenir à ce niveau. Mais un premier pas a été franchi, salué d'ailleurs avec beaucoup de satisfaction par toutes les délégations.

L'Europe des réalités peut être le commencement de la sagesse et — pourquoi pas ? — le commencement d'une certaine idée.

COMMISSIE VAN DE EUROPESE GEMEENSCHAPPEN
Directoraat Generaal X - Voorlichting
Afdeling Voorlichting van de Commissie

DESTINATAIRES: B/S + H. Paken
CLASSEMENT: dep. La Haye

DE NIEUWE GIDS 4/XII/69 page 1

NIEUWE START VAN EUROPA

De top van de zes regeringshoofden en de Franse president was volgens sommige waarnemers niets anders dan een tribune of een toneel voor de Franse president, Georges Pompidou, om aan zijn vijf partners en aan de wereldopinie mede te delen dat Frankrijk akkoord was voor de verruiming der gemeenschap. Het toneel was de historische Ridderzaal van de Hollandse hertogen en voor de top waren 400 journalisten en 600 perstechnici aanwezig.

Had de top alleen dat resultaat bereikt, dan was het al de moeite waard geweest om hem te organiseren.

Er was geen andere keuze dan mislukking of een nieuwe start.

Maar de top is gelukkig meer geweest dan het opheffen van de hypotheek der geblokkeerde verruiming. In de geest van het verdrag van Rome en de afgeleide overeenkomsten is besloten tot een nieuwe start. Het communiqué, o.m. op het monetair gebied waar de zes regeringen plotseling verder willen gaan dan het plan uitgewerkt door de vice-president van de Europese commissie, de Franse prof. Barre. Zij willen namelijk een monetaire unie tot stand brengen met als bekroning de oprichting van een Europese federale bank, naar het model van het Amerikaanse Federal Reserve System.

Een dergelijke monetaire benadering van de Europese integratie is slechts mogelijk in het ruimer perspectief van de politieke unie. Immers, het meesterschap over de nationale munt in de meest concrete uiting der nationale soevereiniteit.

Het opgeven van die soevereiniteit kan slechts gebeuren in het raam van een hoger geheel dat de essentiële rechten der nationale soevereiniteit waarborgt.

De Belgische, Duitse en op bepaalde punten ook de Franse president deden monetaire voorstellen die werden aanvaard.

In de loop van 1970 zal de oprichting van een Europees reservefonds waaraan ieder land een deel van zijn goud- en deviezenreserves en de speciale trekkingsrechten zou afstaan, worden bestudeerd.

In 't algemeen is de monetaire unie, zoals gezegd, de bekroning van de economische unie. Gezien de ervaringen van de jongste monetaire crises willen de regeringen het monetair instrument gebruik-

ken als stimulans voor de integratie der markten.

De politieke betekenis van die monetaire benadering kan moeilijk worden onderschat.

Wat de verruiming betreft, heeft de Franse president Pompidou, rekening houdend met zijn openbare mening en met het recente gaullistische verleden, het maximum gedaan van wat men redelijkerwijze van hem kon verwachten. Wanneer hij verklaarde dat de verruiming op „positieve, actieve en spoedige” wijze moet worden gerealiseerd, staat men voor een belofte, en voor een radicale ommekeer. Er is thans geen twijfel meer mogelijk dat wij gaan naar een Europese gemeenschap van tien landen. In de Britse, Deense, Noorse en Ierse regeringskringen is men zeer tevreden met dit resultaat.

Het betekent niet dat de moeilijkheden mogen worden onderschat. De zes regeringshoofden hebben de Britse toestand niet besproken, noch de institutionele wijzigingen die in de instellingen van de gemeenschap zullen moeten worden doorgevoerd.

Het is niet van pessimisme getuigen de definitieve aansluiting van de vier landen ergens rond 1972 te situeren.

De vier landen moeten eerst hun douanerechten afbreken in het raam van de douane-unie der Zes, wat voor sommigen een overgangperiode noodzakelijk zal maken. De vier landen hebben hun landbouwproblemen die in het raam van de Europese landbouwpolitiek moeten worden opgelost.

Men moet echter het ruimer toekomstperspectief zien. De gemeenschap zal onbetwistbaar worden versterkt door de aanwinst van de Londense kapitaal- en verzekeringsmarkt, de Britse technologie, de efficiënte Deense landbouw, de Noorse vloot. De gemeenschap zal land industrieel kunnen ontwikkelen.

Voor de industrieën van de Europese gemeenschap gaan op termijn de markten van Engeland en de Scandinavische landen open: meer dan 70 miljoen verbruikers.

Duidelijk kwam de wil tot uiting om de crisis van de enige wetenschappelijke instelling van de gemeen-

schap, namelijk Euratom, te beëindigen en de studies te ondernemen om Euratom te verruimen tot een technologische gemeenschap.

Er is sprake van nieuwe communautaire programma's in de speurindustrieën en de regeringen willen hiervoor de noodzakelijke budgettaire middelen ter beschikking stellen.

Het niet alleen voor Frankrijk moeilijke en delicate probleem van de landbouwfinanciëring wordt realistisch bekeken. De tot nu toe gevoerde politiek is een te zware financiële last en heeft geleid tot de bekende enorme overschotten van granen en zuivelprodukten. Men moet die politiek herzien, zonder te raken aan het inkomen der landbouwers, door een betere beheersing der productie.

Hier maakt niemand zich illusies daar de landbouw met zijn sociale en politieke aspecten een van de moeilijkste problemen is, in alle landen ter wereld.

Het nieuwe geluid is intussen dat de regeringen aanvaardden de heffingen op uit derde landen ingevoerde land- en tuinbouwprodukten en de invoerrechten op de industrieprodukten, plus, voor zover nodig, nog bijkomend budgettaire middelen in het Europees landbouwfonds te storten.

Het gaat om bedragen in de orde van 200 miljard frank per jaar, en het is dus logisch dat het Europees parlement over drie belastingsgeldten en para-fiscale middelen een grotere controle zou kunnen uitoefenen. De ministerraad van de E.E.G. kreeg opdracht om de directe verkiezingen voor het Europees parlement te bestuderen.

Het globaal oordeel van eerste-minister Eyskens is dat de top zeer bevredigend is verlopen en dat de jeugd van Europa opnieuw in het Europees ideaal kan geloven. In ieder geval binden de regeringen zich op concrete programma's.

Tegen het eind van het volgend jaar zal de gemeenschap volop in de onderhandelingen zitten en zal duidelijk moeten blijken wat er op het stuk van de afwerking en de verdieping van de gemeenschap tot stand komt.

Dat wordt een interessante en voor de toekomst van Europa beslissende afspraak.

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: DE STANDAARD

DATE-DATUM: 4/XII/64 PAGE-SEITE: 1

CLASSEMENT-ABLAGE: 131 - la Haye

A-AN: B/S, n Paris

Europa's toekomst nog nevelachtig

ER zijn aanwijzingen dat de politieke factoren in het Europese eenmakingsproces nu gunstiger kunnen worden beoordeeld dan enkele jaren geleden, zo merkte een ervaren buitenlandse commentator op aan de vooravond van de topkonferentie der Zes. «Dat is vooral een gevolg van de nieuwe Oost-politiek in Bonn. Hoe onafhankelijker West-Duitsland gaat optreden tegenover Oost-Europa en de Sovjetunie, hoe meer Frankrijk weer aansluiting zal zoeken bij Engeland. Of dat al heeft doorgewerkt in Pompidou's strategie zal in Den Haag nog nauwelijks kunnen blijken. De Fransen zullen eerst de buit van een zo voordelig mogelijke landbouwfinanciering willen binnenhalen. De vijf anderen moeten dan maar vertrouwen dat ze later in het jaar de contra-prestatie van een begin van onderhandelingen met de Britten kunnen krijgen. Want net als in de dagen van de Gaulle heeft ook nu Frankrijk nog de sterke kaarten in handen in het diplomatieke spel.»

Nu het onderonsje van de regeringsleiders en ministers van buitenlandse zaken der EG-landen is afgelopen en men enig inzicht heeft gekregen in het verloop en het resultaat van hun besprekingen, kan men alleen maar de juistheid van de diagnose vaststellen. Het kan inderdaad niet worden betwijfeld dat Pompidou in de Haagse Ridderzaal zijn troeven zeer behendig en met succes heeft uitgespeeld. De door hem voorgezette prioriteiten — eerst de voltooiing van hetgeen reeds bestaat, daarna pas de uitbrei-

ding — werden uiteindelijk door Frankrijks partners aanvaard.

OP 1 januari a.s. zal dus de definitieve fase van de gemeenschappelijke markt ingaan en vóór het verstrijken van de eerste semester van 1970 zal de ministerraad van de EG de voorwaarden moeten bepalen op basis waarvan de onderhandelingen over Englands lidmaatschap kunnen worden gevoerd. Wat betekent dit? In de eerste plaats dat de door Frankrijk afgedongen regeling van de landbouwfinanciering waarover theoretisch vóór 31 december een akkoord moet worden gesloten, de kosten nog hoger zal opdrijven, vooral voor betalende landen als West-Duitsland en Italië, zij het dat zal worden gestreefd naar een beperking van de overvloedige agrarische produktie in profiterende landen als Frankrijk en Nederland.

Maar belangrijker nog is dat indien de bestaande verdeelsleutel voor wat betreft de spreiding van de lasten zou worden toegepast op Engeland, dit land meer dan de helft (ongeveer 52 t.h.) van die lasten zou moeten dragen. Hetgeen inhoudt dat bij voortzetting van deze regeling de Britten er zwaarlijk aan kunnen denken toe te treden tot de EG. Stuur Parijs juist hier op aan? Wie geneigd is Frankrijks Europese intenties van a priori te wantrouwen zal waarschijnlijk bevestigend antwoorden. Maar wie zo reageert gedraagt zich als de spreekwoordelijke hond van Pavlov.

WANT in Den Haag heeft zich deze week wel degelijk een nieuwe ontwikkeling doorgezet: met name de bevestiging — ook, en met veel overtuiging, door Pompidou — van

de politieke wil van de Zes het communautaire bouwwerk in stand te houden en te verstevigen met alle middelen, de toetreding van kandidaat-leden inbegrepen. Dit zal noodgedwongen slechts stapvoets kunnen geschieden: de utopisten van het eerste ogenblik, die geloofden dat alle nationale belangen met één handtekening onder een gemeenschappelijke noemer konden worden verzoend en dat de Europese integratie in minder dan een generatie tijds kon worden verwzenlijkt, leverden zich over aan «wishful thinking».

Zij niet alleen overigens. Ook de Britten maakten zich gedurende lange jaren begoochelingen. Zij verkeerden in de waan hun traditionele positie in de wereld te kunnen handhaven zonder compromissen te moeten sluiten met de continentale mogendheden. Thans worden zij gekonfronteerd met de afrekening: de prijs, die zij voor hun historische vergissing zullen moeten betalen, dreigt aanzienlijk te worden. Of zij daarvoor inderdaad al rijp zijn staat nog lang niet vast.

WELISWAAR kunnen Engeland en de andere landen, die hun kandidatuur voor het EG-lidmaatschap hebben ingediend, rekenen op de sympathie en de steun van hun aanhang op het vasteland. En deze beschikt nog over ettelijke «stokken achter de deur» om de Fransen desgevallend tot concessies aan te porren. Maar in laatste instantie zijn het de Britten zelf die ondubbelzinnig het bewijs moeten leveren van hun bereidheid mee te werken aan de Europese integratie. Dit is een kwestie van jaren, niet van maanden: niemand verwacht dat de toetredingsonderhandelingen vóór 1972 kunnen worden beëindigd.

Hieruit volgt dat Europa's toekomst vooralsnog in nevelen is gehuld. Hoe positief de balans van de Haagse topkonferentie ook lijkt te zijn, de plaats van de EG in de wereld kon helaas nog geen agendapunt zijn. Met het oog op evolutie in de betrekkingen tussen Oost en West, die juist nu nieuwe perspectieven begint te openen, kan men dat uitstel slechts betreuren.

H.V.M.

● DG X - A/1



GD X - A/1

JOURNAL-ZEITUNG: LE MONDE

DATE-DATUM: 5. X 11 - 69 PAGE-SEITE: 1

CLASSEMENT-ABLAGE: D. 11. LA HAYE

A-AN: B/S

Une « cathédrale gothique »

S'il faut résumer d'un mot la réaction la plus répandue dans les capitales européennes après la rencontre de La Haye, c'est bien de soulagement qu'il faut parler. Un peu partout il n'est question que de « confiance retrouvée », de « nouveau départ » pour une construction européenne dont l'avenir paraissait incertain il n'y a guère. Sans doute le scepticisme prévaut-il encore ici ou là — en Hollande et en Grande Bretagne notamment. Pour les plus ardents partisans, les promesses de M. Maurice Schumann ne peuvent tout à fait compenser l'absence, dans le communiqué final, de la date d'ouverture des négociations avec Londres. Mais les propos tenus par les principaux acteurs, de M. Brandt à M. Jean Rey, montrent sans équivoque que le climat a considérablement changé.

C'est là le premier succès de M. Pompidou, succès d'autant plus appréciable que sa première intervention, lundi, avait déçu. Comme M. Hamon l'a expliqué à l'issue du conseil des ministres, le caractère « peu marqué » — pour ne pas dire la platitude — de cette contribution du premier jour provenait des divergences entre la France et les Cinq sur la priorité à donner aux sujets en discussion. Dès l'instant, en effet, que certains partenaires de la France n'hésitaient pas à réclamer un débat prioritaire sur les problèmes de l'élargissement, contrairement à ce que Paris avait demandé depuis toujours, le moins que pouvait faire son représentant était de se montrer réservé. L'accord sur l'achèvement devait améliorer l'atmosphère, mais plus encore peut-être la franche explication que MM. Pompidou et Brandt eurent le soir du premier jour. Il convient également de ne pas négliger l'important travail préparatoire accompli tous ces derniers mois par M. Maurice Schumann, européen convaincu, et dont personne, parmi les partenaires de la France, n'a jamais suspecté la bonne foi.

Il est vrai que les compliments décernés aujourd'hui à M. Pompidou, les hommages de M. Brandt à son « action courageuse », ceux de M. Eyskens au « grand effort accompli par la France » ou de M. Stewart au « changement substantiel » que le secrétaire au Foreign Office a cru relever dans la position de Paris, ne sont pas tous de nature à faciliter la tâche du chef de l'Etat. Les « gaullistes nostalgiques », dont les positions ont été réaffirmées dans le récent mémorandum sur l'Europe, pourraient y trouver matière à de nouvelles critiques. Mais ce serait là méconnaître, outre la logique, la substance même de l'engagement européen. Comme toute œuvre humaine, celui-ci ne peut progresser que grâce à des compromis du type de celui qui a été accompli, après bien d'autres, à La Haye : les coups d'éclat et les ruptures, à supposer même que le successeur du général de Gaulle en ait le désir et les moyens, risquaient fort de conduire, dans les circonstances présentes, à une rupture catastrophique non seulement pour l'Europe, mais pour la France elle-même.

Malgré toutes les difficultés qui restent à surmonter, l'Europe a donc fait un pas qu'il est peut-être encore trop tôt pour qualifier d'historique, mais du moins celui qui était nécessaire pour sortir de l'ornière. Curieusement, c'est aux « Izvestia » de Moscou qu'est revenu le « mot juste », lorsque ce journal a comparé la construction de l'Europe à celle d'une cathédrale gothique, « dont les murs mettent des siècles à atteindre les ogives ». De fait, l'œuvre ne sera probablement jamais achevée — et l'on peut d'ailleurs compter sur les Soviétiques et leurs amis pour allonger encore les délais, — mais elle n'en va pas moins « dans le sens de l'histoire ».



L'EUROPE DÉBLOQUÉE

Lorsque M. Georges Pompidou est arrivé lundi à La Haye, sa voiture arborait un fanion tricolore frappé de ses initiales : G.P. Les délégués des cinq autres pays du Marché commun ont souri : le successeur du général de Gaulle se prendrait-il pour le roi de France ?

Mais, le lendemain, le climat était changé. Le président de la République avait convaincu ses interlocuteurs qu'il était taillé dans la même étoffe qu'eux.

La France, puissance moyenne, avait tout à gagner à l'union de l'Europe. Après dix ans de gaullisme, son Président donnait le sentiment de l'avoir compris.

Le courant, à vrai dire, n'est pas passé d'un coup. La première intervention de M. Pompidou a semblé précautionneuse et plate, « du de Gaulle moins le talent », selon l'expression d'un diplomate italien. Par comparaison, le chancelier d'Allemagne, M. Willy Brandt, a pris grande stature. Son discours, sans doute, a été trop long mais il a plu : M. Brandt est apparu planétaire dans sa vision, européen dans son cœur et assuré dans son ton. Le Chancelier s'est même permis d'être ironique. Avec un regard en coin sur M. Pompidou, il a déclaré : « Celui qui craint le poids de l'économie de la République fédérale... devrait, pour cette raison même, être favorable à l'élargissement de la Communauté. »

Le Premier ministre néerlandais, M. Piet de Jong, est évidemment de cet avis. Président de la conférence, il propose donc de discuter, par priorité, de la demande d'adhésion de la Grande-Bretagne. M. Pompidou, surpris, s'y oppose. Il insiste pour que la conférence se mette tout de suite d'accord sur l'agriculture. Les Premiers ministres acceptent. Ils savent que la signature d'un règlement financier agricole est le prix exigé par le gouvernement français pour lever le veto gaulliste à l'adhésion anglaise.

C'est tout le marchandage. Au point que M. Brandt et M. de Jong, s'ils s'engagent à signer le règlement avant la fin de l'année, n'en préviennent pas moins M. Pompidou qu'ils ne se presseront pas de le soumettre à ratification parlementaire. Le sous-entendu est clair : l'accord ne sera ratifié que lorsque le gouvernement français aura concrètement montré sa bonne volonté sur l'Angleterre. Bref, c'est un sombre après-midi.

Position commune. En fait, le climat commence seulement de se détendre après le dîner offert par la reine Juliana au palais, le Huis ten Bosch. Pendant vingt-cinq minutes, M. Pompi-

dou et M. Brandt s'entretiennent tête à tête. Le Chancelier ne cache pas au Président qu'il devrait montrer davantage d'enthousiasme. Le Président affirme au Chancelier qu'il n'y a dans son cœur nulle malice à l'égard de l'Angleterre et qu'il faut lui faire confiance. Les deux hommes, d'autre part, trouvent un terrain d'entente dans une conception voisine des rapports à entretenir avec l'U.R.S.S. et les pays de l'Est.

C'est finalement le mardi, à 9 h 30 du matin, que se situe le tournant décisif de la conférence.

Dès l'ouverture de la séance, M. Pompidou demande la parole. Il désire « compléter » sa précautionneuse intervention de la veille. Singulier « complément », qui consiste à présenter un plan complet d'union économique et monétaire.

A la fin de son intervention, M. Pompidou ralentit légèrement son débit pour dire qu'il est « favorable à l'élargissement de la Communauté ». Le seul préalable qu'il pose à l'ouverture de la négociation avec la Grande-Bretagne est la définition par les Six d'une position commune. Il prend soin d'ajouter qu'à ses yeux les conversations à six « doivent être menées de la façon la plus rapide, la plus active et la plus positive ».

Propositions considérables. L'intervention produit un effet certain. Le président de la Commission de Bruxelles, M. Jean Rey, déclare : « Nous n'avons jamais entendu exprimer avec autant de force la volonté de poursuivre l'intégration économique et monétaire. » Et tous les Premiers ministres semblent, cette fois, convaincus que l'altier veto du général de Gaulle à l'entrée anglaise est levé pour de bon. Le long chemin qui va de la défiance à la confiance est plus qu'à moitié parcouru.

Les vieux routiers des conférences européennes remarquent pourtant que M. Pompidou ne se comporte pas encore tout à fait comme un membre du club. Les propositions qu'il a faites en matière de coopération technologique sont considérables. Mais le président de la République les a sorties par surprise, comme on sort un lapin de son chapeau. Or ce n'est pas en cinq minutes que des chefs de gouvernement peuvent décider de construire une usine de séparation isotopique ou un gros modèle d'ordinateur. En outre, les puristes de l'intégration européenne croient discerner chez M. Pompidou comme une volonté — qui sent le fagot gaulliste — de diminuer le rôle de la Commission de Bruxelles. Le président de la République les rassure en privé. S'il a pro-

posé qu'un « secrétariat léger » assiste les ministres des Finances des six pays, c'est par simple souci d'efficacité et non pour écarter la Commission.

Au total, pourtant, les ambiguïtés se reflètent dans le communiqué final de la conférence. Elles sont même aggravées par le fait que les fonctionnaires chargés de la rédaction se révèlent moins portés que les chefs de gouvernement à se laisser entraîner dans la dynamique de la confiance recouvrée.

C'est là, pour la suite, un problème majeur. Comment répercuter à tous les échelons des administrations la confiance rétablie à grand-peine au sommet ? En neuf heures de discussions, M. Pompidou et les cinq Premiers ministres ont bien pu redonner une impulsion politique à l'œuvre communautaire. Mais elle risque de s'enliser dans les discussions d'experts. « La politique, disait Napoléon, est un art difficile et tout d'exécution. »

Le problème va se poser avec d'autant plus d'acuité que la Conférence de La Haye est, en effet, convenue qu'un plan « en vue de la création d'une union économique et monétaire » devrait être élaboré « au cours de l'année 1970 ».

Si les mots ont un sens, la négociation qui va s'amorcer là est aussi importante que celle qui a conduit à l'élaboration du traité du Marché commun. Le Premier ministre italien, M. Mario Rumor, a d'ailleurs comparé, mardi, la réunion de La Haye à la Conférence de Messine qui, en 1955, décida de

la création du Marché commun. **Contacts multipliés.** Mais, après Messine, les gouvernements désignèrent un comité, dont les membres avaient pour seul mandat de réfléchir à la manière dont l'idée de Marché commun pourrait se traduire dans les faits. Un rapporteur, M. Pierre Uri, était chargé de tirer la synthèse des travaux. Aujourd'hui, la possibilité d'user d'une telle procédure existe. Son adoption pourrait mettre, comme on dit, l'imagination au pouvoir.

Parallèlement, les contacts se multiplient déjà avec la Grande-Bretagne. M. Valéry Giscard d'Estaing, ministre

des Finances, a rencontré, dès mercredi, à Londres, son collègue anglais, M. Roy Jenkins, et envisagé avec lui l'avenir monétaire d'une Europe qui chercherait à ne pas totalement dépendre du dollar. Le même jour, le directeur des affaires politiques du ministère allemand des Affaires étrangères, M. Paul Frank, venait assurer le ministre anglais, M. Michael Stewart, que la déclaration acceptée par M. Pompidou, et selon laquelle « il n'y avait aucune raison que la définition d'une attitude commune à six exige plus d'un semestre », pouvait être prise à la lettre. Selon le gouvernement allemand, il est

pensable que l'affaire, même, s'accélére.

Question académique. C'est d'ailleurs l'avis de M. Maurice Schumann, ministre des Affaires étrangères. A ses yeux, les conditions posées naguère par le général de Gaulle sont aujourd'hui remplies : le Marché commun va entrer dans sa phase définitive le 1^{er} janvier 1970 ; à cette date, le règlement financier agricole aura été signé ; les Six sont convenus qu'ils n'iraient pas à la négociation anglaise en ordre dispersé ; et la politique de détente avec l'Est peut d'autant moins être remise en cause qu'elle est maintenant pratiquée par le gouvernement allemand.

Il est possible, en effet, que M. Pompidou se comporte en continuateur fidèle de la politique gaulliste. Il est possible également que, comme le pensent presque tous les diplomates étrangers présents à La Haye, il ait, en six mois, « doucement rempli la baignoire gaulliste d'eau européenne ».

La question, en tout cas, est désormais académique. L'Europe est débloquée. Signe des temps, M. Christopher Soames, ambassadeur de Grande-Bretagne à Paris, doit être en janvier « l'Invité du dimanche ». Ce sera, pour commencer, à la télévision.

MARC ULLMANN ■

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: Le FIGARO

DATE-DATUM: 8. XII. 69

PAGE-SEITE: _____

CLASSEMENT-ABLAGE: d. M. LA HAYE

A-AN: B/S + H. Patris

Relance européenne ?

LE SURSIS

par Raymond ARON

L'ECHEC de la conférence de La Haye n'aura pas rompu les liens tissés au cours des dix dernières années entre les six pays du Marché commun. Celui-ci passe, à juste titre, pour irréversible à certains égards. A moins d'événement, dans le contexte présent imprévisible, aucun des Six ne prendra la responsabilité de la rupture et ne relèvera les barrières douanières progressivement abaissées et finalement éliminées.

Au reste, même le recours à une protection douanière, ici ou là, entamerait à peine la solidarité entre la France et ses cinq partenaires-concurrents. L'ouverture des frontières conçues par la IVe République, la Ve République l'accomplit afin de rénover l'économie française en l'exposant au vent salubre de la compétition. Personne ne proposa de revenir sur cette politique, dure et nécessaire, après l'ébranlement de mai 1968. La libération des échanges extérieurs de la France, désormais acquise, dérive du Marché commun en ce sens que le Kennedy Round lui-même a eu pour origine une réplique américaine à l'œuvre européenne d'unification. Mais, si l'on s'efforce de saisir exactement la conjoncture présente, il importe de distinguer l'entreprise européenne d'une part, le libre échange atlantique ou mondial de l'autre. L'enjeu de la conférence de La Haye, ce n'était pas celui-ci mais celle-là.

Jusqu'à quel point le Marché commun a-t-il une chance

de maintenir ou de renforcer son autonomie commerciale, monétaire, technique, politique, à l'intérieur de la zone atlantique à laquelle il appartient inévitablement, ne serait-ce qu'en raison du niveau relativement bas du tarif extérieur commun, ainsi que de la place prise par les filiales des « conglomerats » américains en Europe occidentale ? Telle me semble la question essentielle à laquelle la conférence de La Haye n'apporte pas encore de réponse.

Que signifie le « succès » de cette conférence, reconnu et proclamé par tous les observateurs ? Il signifie que les Six se sont accordé un sursis, qu'ils ont quelque peu retrouvé confiance les uns dans les autres ou, pour parler franc, que les Cinq, partisans de l'entrée de la Grande-Bretagne dans le Marché commun, au moins officiellement, croient sur parole M. Pompidou quand celui-ci promet d'envisager sans réticence la candidature britannique.

Le communiqué final de La Haye, pour qui se donne la peine de l'étudier attentivement, comporte trois parties de style différent : l'une précise les éléments d'un marchandage, une autre proclame l'objectif grandiose d'unité économique et monétaire, la troisième fait allusion aux propositions du président de la République française.

Le contraste entre la première partie et les deux autres autorise les interprétations divergentes des optimistes et des pessimistes, des croyants et des sceptiques. J'appelle « optimistes », arbitrairement, ceux qui « croient » à une relance européenne.

Le marchandage de La Haye, camouflé par les bonnes manières de la diplomatie, se ramène à un échange du règlement financier, exigé par la France, contre des négociations avec la Grande-Bretagne, réclamées par les Cinq. La mise au point du règlement financier avant le 1er janvier 1970, date du début de la phase définitive, répond à l'esprit du traité de Rome et aux engagements pris. La France a obtenu satisfaction, sans pour autant que l'on connaisse les modalités du règlement et les mesures nécessaires pour éviter le gonflement des surplus agricoles.

En contrepartie, M. Pompidou a consenti à des négociations de bonne foi avec la Grande-Bretagne en vue de l'entrée éventuelle de celle-ci dans le Marché commun. Certes, une date a été fixée par la mise au point du règlement financier, alors qu'aucune date ne figure dans le texte du communiqué en ce qui concerne l'ouverture des négociations avec Londres. Mais le texte lui-même et les commentaires de M. Maurice Schumann suggèrent une date — juillet 1970 — proche de celle qu'envisageaient nos partenaires. De toute manière, le délai entre la signature du règlement financier et l'ouverture des négociations avec la Grande-Bretagne, autrement dit entre l'achèvement et l'élargissement, n'a qu'une signification limitée. Un troisième veto français, s'il apparaissait injustifié, remettrait tout en question. Personne ne l'ignore ni à Paris, ni à Bonn, ni à Londres.

M. Pompidou accepte également le principe de ressources propres de la communauté et du renforcement des pouvoirs du Parlement européen ; or les propositions de cet ordre avaient provoqué la crise de 1965 et le retrait de la France sur l'Aventin, durant quelques mois.

Bien plus, le communiqué final ne se borne pas à réaffirmer les « finalités politiques qui donnent à la Communauté tout son sens et sa portée », il donne explicitement pour objectif à l'entreprise la création par étapes d'une « union économique et monétaire » et, comme première étape, il mentionne « un fonds de réserve européen auquel devrait aboutir une politique économique et monétaire commune ».

En revanche, la troisième partie du texte, relative à la coopération technologique, au programme de l'Euratom et à l'Université européenne, offre à peine un catalogue d'intentions. Union économique européenne et conglomerats américains ? Etrange combinaison.

La politique européenne de l'équipe à la fois gaulliste et post-gaulliste diffère-t-elle de la politique menée par le général de Gaulle ? A coup sûr. Mais la politique du général de Gaulle changeait, elle aussi, en fonction des circonstances. M. Pompidou ne pouvait ignorer que la politique d'hier, en l'absence du général, conduisait à une impasse. Les Cinq n'auraient pas consenti à l'achèvement (règlement financier) sans obtenir la promesse de l'élargissement (Grande-Bretagne). Ce qu'ils toléraient du général, ils ne l'acceptaient plus du successeur, d'autant plus qu'entretiens la relation des forces, économiques et financières, s'était modifiée en faveur de la République fédérale allemande. Le président de la République devait choisir entre la crise et le compromis achèvement-élargissement.

Reste à savoir s'il espère l'approfondissement avec ou sans la Grande-Bretagne. Union économique, finalité politique : formules rituelles ou renouveau de l'idée européenne ?



Le feu orange

*** A La Haye, Georges Pompidou a obtenu un certificat de « bon européen »... Mais il devra passer un nouvel examen l'année prochaine**



Depuis leur « appel de Budapest » du 17 mars dernier, les pays du pacte de Varsovie proposent avec une insistance croissante qu'une vaste « assemblée paneuropéenne » étudie, dès le premier semestre de 1970, à Helsinki, « les mesures à prendre pour développer les rapports commerciaux, économiques, scientifiques et techniques en vue d'étendre la coopération politique entre tous les Etats européens. »

C'est une réponse circonspecte que viennent de leur donner, à Bruxelles, les ministres atlantiques. Le Conseil atlantique, qui a tenu, la semaine dernière, sa session d'hiver, estime que la « Conférence européenne de Sécurité » ne peut avoir lieu au plus tôt, qu'à la fin de 1970 ou au cours de l'année 1971, car elle doit être « dûment préparée » par des « consultations approfondies » portant notamment sur les conditions de la participation des Etats-Unis et du Canada et de la République démocratique allemande à cette rencontre et sur les garanties réclamées à Ulbricht au sujet du statut de Berlin-Ouest. Dans l'immédiat, le Conseil préfère mettre l'accent sur une négociation O.T.A.N.-pacte de Varsovie pour une éventuelle réduction équilibrée et contrôlée des armements.

Le petit pilier

La déclaration des pays atlantiques sur les relations Est-Ouest est, en définitive, le fruit d'un compromis passé principalement entre le Canada, qui se montre soucieux d'engager assez vite un « dialogue positif » avec Moscou au sujet des problèmes de sécurité, et les Etats-Unis, qui, au contraire, cherchent à imposer, dans cette affaire, une « ligne dure » à leurs alliés de manière à maintenir leur « situation de force » dans les pourparlers directs qu'ils mènent avec l'U.R.S.S. à Helsinki sur la limitation des armements stratégiques.

Les débats de Bruxelles ont montré, d'autre part, que les pays européens n'accordent guère leurs violons, puisque la Norvège et le Danemark soutiennent le « libéralisme canadien », tandis que le Portugal, la Grèce et, dans une moindre mesure, l'Allemagne de l'Ouest approuvent le durcissement américain. La Grande-Bretagne appuie également des positions américaines encore proches de

celles de la « guerre froide » et la France continue à faire cavalier seul en soulignant, à la différence de ses partenaires, la nécessité de « conversations préalables bilatérales, et non multilatérales, de bloc à bloc » entre les Etats de l'Ouest et de l'Est appelés à se concerter sur les problèmes de sécurité.

Comment parler, devant de telles divergences, d'un « noyau européen » à l'intérieur de la coalition atlantique ? Le secrétaire d'Etat américain Rogers a pu dire, à Bruxelles, avec une pointe d'ironie : « L'O.T.A.N. devrait être une construction bâtie sur deux colonnes, l'une américaine l'autre européenne, mais, pour l'instant, l'Europe n'est qu'un petit pilier à côté du grand pilier américain. »

Ce jugement réaliste devrait tempérer l'optimisme quelque peu excessif affiché à Bonn, à Rome et à Bruxelles par les hommes d'Etat qui prétendent que l'Europe occidentale va sortir de sa léthargie et marcher désormais d'un pas allègre vers une union politique à Dix regroupant l'Allemagne de l'Ouest, la France, l'Italie, la Belgique, la Hollande, le Luxembourg, la Grande-Bretagne, l'Irlande, la Norvège et le Danemark. Il est vrai qu'au « sommet » de La Haye, on s'est orienté dans ce sens mais si un « nouveau départ » a été pris, la « marche à l'unité » paraît devoir être encore longue et incertaine.

A Paris, où l'on juge assez sévèrement la manière dont les ministres britanniques se sont inconditionnellement alignés au Conseil atlantique sur leurs collègues américains, on déclare que cette nouvelle illustration de l'existence des « liens spéciaux » entre Londres et Washington justifie le gouvernement français de demander que la Grande-Bretagne, avant d'entrer au Marché commun, apporte la preuve qu'elle ne sera pas « le cheval de Troie américain au sein de la Commission économique européenne ».

Tiercé français

Cédant aux pressions de ses partenaires, Georges Pompidou a accepté, à La Haye, bien que ce point ne soit pas expressément mentionné dans le communiqué final, que la négociation entre la C.E.E. et Londres s'ouvre avant le 30 juin prochain, mais on assure aujourd'hui à

l'Elysée, à Matignon et au Quai-d'Orsay que, pendant le premier semestre décisif de 1970 où les Six prépareront ensemble ces pourparlers délicats, la France se battra durement pour que les questions posées à la Grande-Bretagne au sujet de sa « vocation européenne » soient « impératives et sans équivoque ».

« Nous avons trouvé, à La Haye, un terrain relativement favorable, a dit, à son retour dans la capitale hollandaise, un ministre français, car les Italiens, qui s'étaient toujours montrés hostiles à notre égard dans les affaires agricoles, ont fait preuve, cette fois-ci, du fait de la difficile situation intérieure de leur pays, d'une discrétion remarquable, tandis que les Belges, à notre grande surprise, nous ont soutenus en de nombreuses occasions et que, du coup, les Hollandais et nos censeurs habituels se sont trouvés isolés. Finalement, nous avons remporté une première victoire. Puisque nous avons imposé notre triptyque : d'abord l'achèvement, puis le renforcement et enfin l'élargissement de l'Europe. Les trois démarches seront effectuées dans l'ordre que nous avons suggéré, et non pas simultanément, dans le désordre, comme l'avaient proposé d'abord les Hollandais. Notre tiercé est gagnant. »

La tirelire communautaire

Cette « victoire » n'est-elle pas, cependant, une victoire à la Pyrrhus ? Si l'on examine les choses de plus près, on constate, en effet, que le succès du « tiercé gagnant » de Georges Pompidou est relatif.

Le président de la République, qui s'est fait décerner, à La Haye, un certificat de « bon européen » (en assouplissant son attitude quant à la candidature britannique au Marché commun) a, certes, obtenu en échange, l'assurance que tous ses partenaires adopteront, avant la fin de l'année 1969, les « règlements financiers définitifs agricoles qui permettront de comptabiliser au budget de l'agriculture française de substantielles subventions des « Fonds européens d'orientation et de garantie agricole » (F.E.O.G.A.), la « tirelire communautaire ».

Georges Pompidou a cependant promis aussi de participer activement à l'entreprise de « résorption des trop-pleins agricoles de la

Communauté » et, pour ce faire, baisser certains des prix français.

On assistera à Bruxelles à de nouvelles et âpres discussions au sein d'une « Europe verte » qui ne sait plus que faire de ses surplus, de ses flots de lait incoulables, de ses stocks (5 millions de tonnes) de céréales invendus, de ses montagnes de beurre excédentaire qui pèsent comme autant de fardeaux, et la France risque fort de pâtir de ces marchandages.

Deuxième volet du triptyque français, le « renforcement de la Communauté » a été décidé, en principe, à La Haye, mais les mesures concrètes adoptées pour parvenir à cette consolidation se réduisent, en fait, à assez peu de chose, puisque les Six promettent seulement de mieux coordonner leur développement industriel dans les secteurs technologiquement en pointe, de relancer le programme de recherche de l'Euratom, de réformer le « Fonds social européen » et de fonder une « Université européenne ». Si les initiatives plus ambitieuses proposées par le

président français (fabrication commune d'un ordinateur européen à grande puissance, mise en route d'une usine européenne de séparation isotopique, garantie commune des investissements privés dans les pays sous-développés) n'ont pas été retenues, c'est précisément parce que les partenaires de la France entendent s'engager dans ces domaines avec les Britanniques et non sans les Britan-

« It's a long way »

Une telle optique indique bien, en dépit de l'euphorie des discours officiels, que la méfiance règne encore entre les Cinq et la France, et que la vieille controverse au sujet de la « finalité politique » de « l'élargissement de l'Europe » n'est pas réglée. Georges Pompidou a obtenu un sursis de six mois, mais il n'a fait que retarder jusqu'au 30 juin prochain la date des échéances cruciales.

Pour le moment, l'Italie, la Hollande, la Belgique et le Luxembourg accentuent — et cette semaine encore, à l'assemblée de l'Union européenne occidentale — leur offensive en faveur de l'entrée rapide de la Grande-Bretagne dans un monde européen étroitement « intégré » au monde atlantique sous leadership européen. Le gouvernement français, en revanche, soutient encore — mais pour combien de temps encore ? — qu'il ne s'associera qu'à une Grande-Bretagne résolue à jouer le jeu d'une Europe « troisième force entre les deux Super-grands », et que M. Wilson ne sera admis au « Club des Six » qu'après avoir effectué un long chemin en direction du Continent. « It's a long way to Bruxelles », chante-t-on encore, bien qu'en sourdine, à Paris.

Le fait nouveau de la conférence de La Haye, c'est que les Allemands se sont fait fort de concilier ces deux points de vue jusqu'alors diamétralement opposés. Ils affirment aujourd'hui leur conviction qu'ils pourront jeter les bases d'une Europe à Sept avec la Grande-Bretagne moins pro-américaine que ne le désirent les ultras de l'« atlantisme », mais moins indépendante de Washington que ne l'auraient souhaité les dirigeants français encore plus ou moins attachés à l'orthodoxie gaulliste.

Bien décidé à faire aboutir, coûte que coûte, ses plans qui, maintenant se précisent, le chef du gouvernement de Bonn a montré à La Haye, toute la souplesse du conciliateur, mais aussi toute l'autorité de l'arbitre en mesure de faire comprendre que dans la balance de l'Europe des Six, c'est son poids qui pèse désormais le plus lourd. Ce poids ne cesse d'ailleurs pas de s'accroître. C'est l'Allemagne fédérale qui, demain, bénéficiera le plus des décisions prises à La Haye. Les exportateurs allemands, en effet, ont tout à gagner d'une « harmonisation des politiques économiques » qui les aidera à conquérir les marchés de leurs partenaires plus faibles.

Un risque accepté

La mise au point d'un programme commun de recherche au sein de l'Euratom avantagera la jeune industrie atomique allemande, qui, dans plusieurs domaines, a encore certains retards à rattraper. Rien ne peut être plus agréable, enfin, aux banquiers allemands que l'adoption du projet d'union monétaire à Six, dit « plan Barre », qui officialisera la prééminence du tout-puissant deutsche Mark, appelé, dans le cadre d'un « Fonds de réserve européen » rapidement constitué, à secourir — mais non sans contreparties économiques et mêmes politiques — les autres monnaies européennes en péril.

« Même s'il salue sincèrement la contribution positive que la République fédérale allemande apporte aujourd'hui à la recherche de la détente avec l'Est, déclare-t-on à l'Elysée, le président de la République ne sous-estime pas le risque de voir le dynamisme allemand déséquilibrer un jour la construction européenne. Il pense cependant qu'il a encore devant lui des possibilités de manœuvre considérables. En effet, le 1er juillet, lorsqu'un négociateur unique des Six, par exemple le président de la commission de Bruxelles, ouvrira les discussions avec Londres, on saura enfin la vérité sur les impératifs fondamentaux de la politique, jusqu'ici ambiguë et fuyante, de la Grande-Bretagne.

« Si la Grande-Bretagne a véritablement une vocation européenne, elle acceptera, moyennant certaines adaptations pendant une période transitoire, le règlement financier agricole des Six qui, pour la France, a la valeur d'un test, et, dans ce cas, sa puissance au sein de l'Europe unie balancera celle de l'Allemagne. Si Wilson, au contraire, se contente d'exploiter, sur le plan intérieur, son « succès diplomatique », mais se refuse à toute concession de fonds, il démontrera, par là-même, que la prudence de la France était plus justifiée que l'enthousiasme irréfléchi de la Hollande, de l'Italie et de l'Allemagne de l'Ouest, et le prestige français en sortira grandi. »

Ces calculs ne sont peut-être pas faux mais il reste, aujourd'hui, que c'est Willy Brandt, et non Georges Pompidou, qui apparaît comme le principal bénéficiaire de La Haye.

ALBERT-PAUL LENTIN

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: IL SOLE 24 ORE

DATE-DATUM: 4-12-69 PAGE-SEITE: 13

CLASSEMENT-ABLAGE: Conf. de Haye.

A-AN: /

SITUAZIONE

Il «salto qualitativo»

«L'Europa ha bisogno di un nostro successo». Sono parole pronunciate in occasione del vertice dei "Sei" all'Aja dal Cancelliere tedesco Willy Brandt, che ha assunto in questa occasione il ruolo di mediatore europeo. Sono parole che rispecchiano una profonda verità. Da mesi, infatti, la CEE sta attraversando una ennesima crisi, non istituzionale, ma che rispecchia senza dubbio il disagio di alcuni dei suoi membri a rinunciare ad interessi particolaristici, ad assumere finalmente una mentalità europea, ad inserirsi in una volontà politica unitaria che permetta all'Europa di proporsi quale alternativa ai blocchi dominanti.

Spente le luci della ribalta dell'Aja, chiusi i battenti della Sala dei cavalieri che vide piangere Churchill quando nel '48 si parlò per la prima volta di un'Europa tutta integrata, grande potenza mondiale, non resta che chiedersi se davvero il vertice dei "Sei" sia stato un successo.

Se lo è stato, è stato un successo di stretta misura, un successo forzato. Perché — bisogna ammetterlo — il "salto qualitativo", un salto di mentalità, verso l'europeismo appunto, non c'è stato. Si è continuato a ragionare secondo i vecchi principi quantitativi del "io do una cosa a te, tu dai una cosa a me".

In parole povere, i "Cinque" hanno compiuto un'operazione di baratto con la Francia: definizione del regolamento sui finanziamenti agricoli entro l'anno, contro apertura dei negoziati per l'adesione della Gran Bretagna e degli altri postulanti che bussano alla porta del MEC.

E' vero che Parigi, con la definizione di tale regolamento, non ha fatto che chiedere il rispetto dei tempi di attuazione della fase transitoria della CEE ed ha, formalmente, agito nell'interesse di tutti. Altrettanto vero, però, che il MEC agricolo sta particolarmente a

cuore alla Francia che ne è la maggiore beneficiaria.

E poi: non sono tanto i risultati conseguiti, quanto le procedure adottate che ci fanno parlare di baratto. Quindi di visione particolaristica dell'integrazione europea.

Nel complesso, quindi, la Francia del "dopo De Gaulle" ha deluso, come ha deluso la prima e vera performance di Pompidou sulla scena internazionale. C'è da dire che sarebbe stato ingenuo attendersi dal "delfino" del Generale un comportamento più autonomo e deciso: non dimentichiamo che il nuovo Presidente francese ha mani e piedi legati, in patria, dal mito del suo predecessore. Ad ogni sgarro i gollisti di cieca fede gridano all'anatema.

Con il minimo di concessioni al credo gollista e puntando ancora una volta i piedi, apparentemente Pompidou, e con lui la Francia, l'ha avuta vinta ancora una volta. Ma su cosa? Ripetiamo: sul rispetto di una delle scadenze previste del MEC.

Ora non resta che attendere l'inizio dei negoziati con i Paesi che si affacciano alla CEE per vedere quale sarà il comportamento francese. Altri capricci? Altre imputature? Difficile che riscuotano lo stesso successo che per il passato.

Non dimentichiamo che De Gaulle, al di fuori di un prestigio e di un magnetismo personali indiscutibili, doveva molta della sua autorevolezza ad una Francia in condizioni economiche ancora buone, ad una Russia ancora isolata, cui l'Eliseo faceva, in certo senso, da portavoce per i rapporti con l'Occidente.

Molta acqua è passata sotto i ponti della Senna da allora ed altra ne è passata sotto quelli del Reno. Oggi la Francia non si trova certo in condizioni economiche soddisfacenti, mentre è venuto Brandt con la sua Ostpolitik, l'apertura ad Est che toglie a Parigi parte del suo credito esclusivo con Mosca.



ESPORTAZIONI E MERCATO COMUNE

Il « vertice » dell'Aja è terminato rispettando le regole che condizionano lo svolgimento di queste riunioni. Con un compromesso si sono aperte e si sono chiuse le porte dei futuri accordi per il rilancio e l'allargamento della Comunità economica europea. Non è un gioco di parole, specie adesso che si tratta di passare dal periodo « transitorio » a quello « definitivo » del mercato comune europeo, un periodo che dovrà iniziarsi con il 1° gennaio dell'anno prossimo.

Transitorio e definitivo sono oggi espressioni che hanno perso gran parte del loro significato originale. Siamo in grande ritardo sulla costruzione politica, ma anche economica, d'una Europa unita. E quindi, da un certo punto di vista, tutto è ancora provvisorio. Tuttavia, se anche il confronto tra i primitivi propositi del Trattato di Roma e gli obiettivi finora conseguiti dà luogo più a delusioni che a soddisfazioni, non si può fare a meno d'osservare che il mercato comune europeo è stato uno strumento di grandissima efficacia per svegliare il nostro sistema economico, e per renderlo più aperto, più trasformatore, nei confronti del resto del mondo.

Speriamo dunque che nel 1970 quello che adesso è transitorio diventi un po' più definitivo, dando ulteriore stimolo ai nostri scambi con il resto del mondo. Non si può tacere, tuttavia, che lo sviluppo di questi scambi dà sui nervi a taluni i quali non mancano di sottolineare che in questo modo il nostro sistema economico si lega troppo al resto del mondo. Non hanno il coraggio di dichiararsi del tutto « autarchici », anche perché quest'espressione evoca tempi non troppo felici dal punto di vista politico, ma anche economico. Impiegano tuttavia argomentazioni analoghe a quelle del tempo in cui si diceva che

il nostro paese doveva fare da sé. Analoghe, anche se la struttura del nostro sistema economico è completamente cambiata. Sostanzialmente agricola quella di ieri. Prevalentemente industriale quella d'oggi.

Possono sembrare, questi ragionamenti, del tutto accademici, senza alcuna connessione con i problemi o pseudo problemi che assillano o sembrano assillare il nostro sistema economico. Non è così. Non a caso taluni deplorano la crescente dimensione dei nostri flussi in entrata ed in uscita rispetto al resto del mondo. La deplorazione ha un significato specifico. Ci avviamo, se non ci siamo già dentro, verso una fase di squilibrio tra la domanda e l'offerta dei beni e servizi. Il termometro dei prezzi che misura questo squilibrio ha già raggiunto un livello di guardia. Tutti lo sanno anche se taluni sperano in un fortissimo aumento della produttività, e comunque tanto forte da consentire un pronto pareggiamento dell'offerta « fisica » dei beni e servizi e la loro domanda « monetaria », in modo da evitare ulteriori e più pesanti pressioni inflazionistiche.

Che questo pareggiamento sia possibile, e soprattutto possibile in un tempo breve, nessuno è in grado di dire. L'esperienza nel nostro e negli altri sistemi economici non consente molto ottimismo. Taluni, però, lo ritengono possibile manovrando importazioni ed esportazioni. Grosso modo ragionano così: le partite correnti della bilancia dei pagamenti, costituite per l'appunto da beni e servizi, consentono da tempo un forte saldo attivo. Quindi, c'è la possibilità di frenare le esportazioni e di stimolare le importazioni senza turbarne eccessivamen-

te l'equilibrio. In questo modo, sempre secondo costoro, sarebbe possibile aumentare l'offerta di beni e servizi sul mercato interno, e precisamente di quella parte in meno che non sarebbe esportata, e contemporaneamente di quella parte in più che sarebbe importata. La maggiore offerta consentirebbe per tal modo di pareggiare la domanda, stabilizzando i prezzi.

Il vizio logico di questo ragionamento è presto scoperto. Intanto, si deve osservare che il rapporto tra il valore degli scambi internazionali e quello del reddito nazionale è strettamente collegato con la dimensione del sistema economico che si considera. E' strutturalmente elevato per la Svizzera e basso per gli

Stati Uniti d'America. La diversa dimensione di questi due sistemi economici lo spiega a sufficienza. Il sistema economico italiano presenta una dimensione relativamente piccola. Quindi, a mano che si sviluppa, il che s'accompagna ad una dilatazione del settore industriale rispetto a quello agricolo, acquistano maggiore importanza gli scambi internazionali.

Tornare indietro, fare da noi, è impossibile. Tra l'altro, bisogna tener presente che la composizione dei flussi in entrata ed in uscita è assai diversa. Beni e servizi che trovano un soddisfacente collocamento nel resto del mondo non potrebbero essere venduti sul mercato interno per difetto di consumo. Deviano questi beni e servizi dall'esportazione verso il mercato interno non s'agevolerebbe gran che l'offerta. Un rallentamento dell'esportazione, poi, determinerebbe una riduzione delle importazioni, ed anche per questo motivo l'offerta non potrebbe essere potenziata. La verità è che questi flussi non sono manovra-

bili a volontà senza gravi ripercussioni sul funzionamento delle singole imprese che esportano ed importano e quindi sul mantenimento dell'occupazione delle forze di lavoro.

Dirò anche, per concludere, che tutto ciò si riflette sui costi di produzione, e quindi sul livello dei prezzi. Le imprese che si dedicano all'esportazione, proprio perché hanno a loro disposizione un più ampio mercato internazionale, possono concentrarsi su pochi prodotti fabbricati in grande quantità con riduzione dei costi per unità di prodotto. Se queste imprese dovessero servire prevalentemente il mercato interno, di dimensioni piuttosto modeste, dovrebbero fabbricare molti prodotti, differenti tra di loro, ed ogni prodotto in quantità limitata, con aumento dei costi. Questo è anche il motivo per cui il mercato comune europeo è stato un valido fattore di sviluppo del nostro sistema economico. Ed è quindi pure il motivo per cui si deve fare di tutto perché il vertice dell'Aja non chiuda ma apra davvero la via ad un ulteriore allargamento di questo mercato, lasciando da parte, per quel che ci riguarda, ogni velleità autarchica.

Libero Lenti

Il vertice dell'Aia ha rinviato i massimi problemi agricoli

I più alti dirigenti politici dei sei Paesi si sono limitati a decidere l'adozione del regolamento finanziario definitivo - Il Mec spende ogni anno per l'agricoltura duemila miliardi di lire, soprattutto per sostenere i prezzi - In questo modo aumentano le già forti eccedenze: 360 mila tonn. di burro, 8 milioni di tonn. di grano, un milione di tonn. di zucchero

La situazione nei vari settori

(Dal nostro corrispondente) Bruxelles, 6 dicembre.

Ecco la situazione dei principali settori dell'agricoltura europea:

Burro e latte — I prodotti lattiero-caseari sono regolati in regime di Mercato comune, con prezzi unici per tutta Europa. Alla fine del 1969 nei frigoriferi saranno accumulate circa 360 mila tonnellate di burro e oltre 350 mila tonnellate di latte in polvere. Dal 1967 al 1969 per sostenere il mercato dei lattiero-caseari, il Mec ha speso più di 1537 miliardi di lire. Per il 1970 è prevista una spesa di 562 miliardi di lire, per il 1971 di 625 miliardi, e 875 miliardi di lire per il 1975. Ci sono nel Mec 22,3 milioni di mucche.

Cereali — Esiste un'organizzazione di mercato, con prezzi unici. Le eccedenze di

frumento, all'inizio della campagna 1969-'70, erano di circa 8 milioni di tonnellate, quelle di orzo 1,5 milioni di tonnellate.

Riso — Esiste un mercato unico. La produzione avviene unicamente in Italia e in Francia. Nel 1967-68, il Feoga per il riso ha speso quasi quattro miliardi di lire.

Zucchero — L'organizzazione comune nel settore è entrata in vigore nel luglio 1968. Sono state fissate «quote di produzione», di 6,48 milioni di tonnellate per anno. Nel 1968-69, le eccedenze ammontano a 1,1 milioni di tonnellate. Le spese hanno superato i 62 miliardi.

Olio e grassi — La produzione d'olio d'oliva nel Mec è in continua diminuzione. Nel 1968-69 sono state prodotte circa 350 mila tonnellate di olio d'oliva (244 mila tonnellate meno dell'anno precedente). L'Italia è praticamente il solo produttore d'olio d'oliva nel Mec. Per proteggere la produzione comunitaria dalla concorrenza degli altri Paesi del Mediterraneo, il Feoga dà una certa

somma ogni chilo di olio prodotto: costo complessivo: oltre 50 miliardi nel 1966-67 e circa 81 miliardi nel 68-69.

Ortofrutticoli — La produzione aumenta in maniera costante, soprattutto per le pere, le mele e le pesche. Ci sono molte eccedenze. Per impedire la distruzione, i «Sei», il 24 novembre scorso, hanno finalmente approvato le ultime regole di organizzazione comunitaria: il Feoga interviene per acquistare gli ortofrutticoli e ne favorisce la trasformazione in marmellate, e le distribuisce a enti d'assistenza.

Agrumi — Nel 1968 sono state prodotte 1 milione 350 mila tonnellate di arance: per il 1975, si prevede un raccolto di oltre 1 milione e 800 mila tonnellate. I «Sei» hanno deciso di stanziare una certa somma per permettere ai produttori italiani di razionalizzare le coltivazioni.

Carni bovine — Il Mercato è tutelato da un'organizzazione comune. Italia, Francia e Olanda hanno una produzione insufficiente a coprire i consumi

Carni suine — 61 milioni e 258 mila maiali sono stati macellati nel 1968 nel Mec, di cui 28 milioni in Germania. La produzione di carne suina nella Cee è stata nel 1968 di 5 milioni e 442 mila tonnellate.

Pollame e uova — 276,3 milioni di galline ovaiole nel Mec, producono 319 milioni e 600 mila uova all'anno. L'Italia ha più pollame, ma la Germania produce il più gran numero di uova. Nella Cee sono state prodotte 1,4 milioni di tonnellate di carne nel 1966 e 1,6 milioni di tonnellate nel 1968.

Vino — Benché se ne parli da anni, non esiste ancora un'organizzazione comune.

Tabacco — Il Mercato comune non esiste. s. d.

GD X - A/1



GD X - A/1

JOURNAL-ZEITUNG: LA STAMPA

DATE-DATUM: 7.12.69 PAGE-SEITE: 11

CLASSEMENT-ABLAGE: Paris de Haye

A-AN: _____

(Dal nostro inviato speciale)
L'Aia, 6 dicembre.

Lunedì e martedì della settimana scorsa i massimi dirigenti politici dei sei Paesi del Mercato Comune si sono riuniti all'Aia, in Olanda, per risolvere i problemi del Mec, in particolare quelli derivanti dall'agricoltura. Ecco il testo integrale del comunicato ufficiale della conferenza al vertice, nei paragrafi che si riferiscono all'agricoltura:

« I capi di Stato o di governo hanno riaffermato la volontà dei loro governi... di fissare i regolamenti finanziari definitivi della politica agricola comune alla fine dell'anno 1969. Essi hanno convenuto di sostituire progressivamente nel quadro di questi regolamenti finanziari — tenuto conto di tutti gli interessi in causa — i contributi dei Paesi membri con delle risorse proprie, al fine di arrivare, a scadenza, al finanziamento integrale dei bilanci delle comunità... e di rinforzare il controllo sui bilanci del Parlamento europeo ». « Hanno domandato ai governi di proseguire senza ritardi gli sforzi già compiuti per assicurare un miglior controllo del mercato per mezzo di una riforma della politica agricola, tendente a limitare i carichi di bilancio ». « L'accettazione di un regolamento finanziario per la fase definitiva non esclude il suo adattamento all'unanimità, in funzione soprattutto di una comunità amplificata, e a condizione che i principi di questo regolamento non vengano alterati ».

Chi paga le spese

L'agricoltura è forse il più complicato dei problemi europei che lunedì e martedì, al « summit » dell'Aia, i capi di Stato e i capi di governo del Mercato comune hanno dovuto cercare di risolvere. E' il più grave perché mantenere l'attuale impalcatura agricola costa poco meno di duemila miliardi di lire all'anno a tutti noi, e perché dà lavoro a una dozzina di milioni di contadini nei sei paesi della comunità. Chiavi del problema sono il finanziamento delle spese e la riduzione delle eccedenze.

I duemila miliardi di lire servono per finanziare riforme, per aiutare la formazione di cooperative, per migliorare i sistemi di commercializzazione, ma — soprattutto — per aumentare i redditi degli agricoltori e per ritirare dal Mercato le grandi quantità di prodotti che altrimenti resterebbero invenduti. Il Mec assicura al contadino, per quasi tutti i prodotti, un prezzo minimo: se il valore sul mercato scende al di sotto di questi prezzi, interviene l'Ente comunitario (il Feoga), che compera il prodotto.

Chi paga queste colossali spese? In piccola parte i fondi sono tratti dai « prelievi », cioè dalle tasse imposte alle

frontiere ai prodotti agricoli provenienti dall'esterno della Comunità. Il resto è pagato dai sei governi, secondo una chiave di ripartizione che continua a essere materia di roventi discussioni tra i ministri: la percentuale a cari-

co dell'Italia è del 20,3 per cento. Si è fatto il conto del dare e dell'avere, calcolando quanto incassa in aiuti e sovvenzioni l'agricoltura di ogni Paese e quanto spende ogni governo per il Feoga: gran beneficiari sono la Francia e l'Olanda.

Ridurre i prezzi?

Il sistema dei prezzi come elemento di equilibrio nella produzione avrebbe potuto essere eccellente se fosse stato accompagnato da una radicale riforma delle colture, in certi casi dall'abbandono, in certe regioni, di determinate produzioni. Senza riforme — che i governi non hanno avuto il coraggio di imporre — il sistema dei prezzi unici ha scontentato molti e ha provocato squilibri gravissimi.

Tutti sono d'accordo, ora, sull'assoluta necessità di mettere ordine in questa allucinate costruzione e di ridurre le spese agricole che, altrimenti, nel volgere soltanto di qualche anno, raggiungeranno livelli deliranti. Tutti riconoscono che si sono persi anni preziosi per modificare le strutture contadine, abbandonare certe colture, modernizzarne altre, impiantare nuovi frutteti, creare — insomma — una vera industria agricola europea. I « piani », a medio e a lungo termine — il più noto è quello che prende nome dal vicepresidente del Mec, l'olandese Sicco Mansholt — non si contano. Ma le riforme costano, impongono rinunce e sacrifici, e gli uomini politici che dovrebbero imporle sono cauti.

Il sistema proposto per fare rapidamente delle economie ha come cardine la riduzione di certi prezzi agricoli: quelli del latte e del burro, dello zucchero, e quello del grano, in particolare. Ma le prime riunioni hanno provocato una levata di scudi quasi generale contro il progetto, che ridurrebbe inevitabilmente il reddito di molti

agricoltori. Si parla perciò di « riequilibrio dei prezzi »; ridurre il prezzo del tal prodotto, ma aumentare in contropartita quello di un altro, metodo che non si sa quali risultati concreti potrebbe portare, date le difficoltà di fare previsioni valide nella produzione e nei consumi. Si parla anche di « trovare altre fonti di reddito per i contadini ».

Lunedì e martedì scorsi i massimi dirigenti politici dei sei Paesi non sono riusciti a entrare nei particolari della soluzione che deve essere data al rompicapo agricolo. Si sono limitati a decidere l'adozione, entro il termine ri-

chiesto dalla Francia, del regolamento finanziario definitivo, e a stabilire che verranno proseguiti gli sforzi, sia per assicurare un miglior controllo del mercato, sia a compiere l'attesa riforma dell'agricoltura. E' poco, ed è molto: i termini del comunicato del vertice dovranno ora essere sviluppati e tradotti in pratica dai ministri, attraverso riunioni che stanno per cominciare e che si annunciano lunghe e forse anche tempestose. La verità è che c'è un prezzo da pagare, imponendo e accettando sacrifici, per ridare ordine al mercato agricolo. Altrimenti, senza coraggio e decisione, nonostante le belle parole dell'Aia, questa piccola Europa sarà condannata a fallire, o a soffocare tra montagne di burro, grano, zucchero e debiti.

Sandro Doglio

Premi per abbattere le mucche da latte

Le domande devono essere presentate entro il 20 dicembre

(b.p.) Il Consiglio della Comunità Europea tenuto conto delle eccedenze di latte e di prodotti lattiero-caseari nell'ambito Cee ha stabilito un premio di macellazione delle vacche da latte e premi di non commercializzazione del latte e dei prodotti lattiero-caseari.

I premi di macellazione ammontano a 125.000 lire per vacca abbattuta, fino alla concorrenza di 10 capi per azienda.

I premi di non commercializzazione del latte possono essere goduti dagli allevatori in possesso, alla data del 30 novembre 1969, di almeno 11 capi da latte.

Le domande, in carta da bollo da L. 400, dovranno essere presentate agli Ispettorati Agrari Provinciali entro il 20 dicembre 1969.



DER KOMMENTAR

Nach Den Haag

Die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs gehört der Geschichte an. Mittlerweile begann die Analyse der getroffenen Entscheidungen bzw. der ungestillten Erwartungen. Auffällig ist dabei die zur Schau getragene Zufriedenheit der Politiker und die verhaltene Skepsis der Journalisten. Große Worte wurden bereits gesprochen. Staatsminister Pierre Werner wird seine Erklärung heute nachmittag vor dem Abgeordnetenhauses abgeben, privatim meinte er, dieses Gipfeltreffen sei mit Abstand das beste der drei gewesen, denen er als Regierungschef beiwohnen durfte. Selbst Joseph Luns bemerkte, man habe allen Grund, mit dem Erreichten zufrieden zu sein, derweil Bundeskanzler Brandt gestern vor dem Bundestag betonte, die Staats- und Regierungschefs hätten sich für die europäische Zukunft entschieden; Europa habe nun eine Chance, eine große Chance. Oppositionsführer Rainer Barzel gab sich etwas zurückhaltender und meinte, die Konferenz in Den Haag habe eine offene Krise vermieden, sei aber den mutigen Schritt schuldig geblieben. Das Ergebnis sei ein Kompromiß, mit dem sich leben lassen werde, wenn alle mit gutem Willen und Zähigkeit zusammenwirkten. Daß man schließlich in Paris, im Elysée wie in Matignon und am Quai d'Orsay zufrieden sein darf, liegt auf der Hand.

Auch Außenminister Thorn, der sich gestern nachmittag der Presse zu Erläuterungen stellte, wirkte sehr zufrieden und optimistisch und bekannte, er verstehe gar nicht, daß jemand über das Resultat enttäuscht sein könne. Erzielt worden sei das Maximum dessen, was politisch möglich war. Es sei völlig falsch und fehl am Platze, nunmehr zu minimisieren und am Erfolg zu zweifeln; der Wille der Sechs dürfe nicht verwässert werden.

Die Vielfalt der in Den Haag erörterten und von Minister Thorn nochmals erläuterten Probleme wollen wir übergehen. Sie fanden — oder doch die meisten von ihnen — im Schlußcommuniqué ihren mehr oder weniger

klaren Niederschlag. Wichtig dünkt uns vor allem, daß der feste Glaube an die politische Zielsetzung der Gemeinschaft (Schlußcommuniqué Absatz 4) erneut unterstrichen und bekräftigt wurde. Das war von grundlegender Wichtigkeit, nicht allein, weil bei gewissen Neutralen wie Schweden, der Schweiz und Österreich in letzter Zeit deswegen Zweifel entstanden waren, sondern weil angesichts der Weltlage Europa gebieterisch gezwungen ist, sich zu einigen. Es bleibt ihm dazu nicht einmal mehr allzu viel Zeit.

Gewiß gab es bei diesem Gipfeltreffen auch eine gefährliche Krise, die in einen Mißerfolg auszuarten drohte. Sie wurde überwunden, weil, wie wir bereits gestern schrieben, alle sich bewußt waren, daß ein Mißerfolg für die Gemeinschaft ebenfalls ein Mißerfolg für jedes einzelne Mitglied geworden wäre. Wahr ist gleichfalls, daß sich bei dieser gefährlichen Klippe die geographisch Kleineren, unter ihnen in sehr starkem Maße Luxemburg, als kluge und erfolgreiche Vermittler erwiesen. So konnte man überrascht sein, wie leicht Frankreich in der Frage der Agrarfinanzierung zufriedengestellt wurde. Sicher bleibt außerdem, daß zur Jahreswende in Brüssel die europäischen Uhren angehalten werden müssen.

Vor allem aber werden im nächsten Halbjahr die Außenminister und die Europäische Kommission nicht über Arbeitsmangel zu klagen haben. Arbeitslosigkeit wird für sie klein geschrieben werden. Die nun in beinahe achtjähriger Stagnation angehäuften Probleme lassen sich nicht ausklammern; es geht auch nicht mehr, in den sich anstellenden Fragen einfach und schlechthin Uneinigkeit vorzuschieben und diese dann auch in wortreicher Verschlagenheit zu verbrämen oder gar zu verschweigen. Wenn die Vorbereitungsarbeit für Ende Juli bewerkstelligt sein soll, wird der Ministerrat gezwungen sein, fast allwöchentlich zu tagen und dabei auch nicht die geringste Zeit zu verlieren.

Die Sechs wollen den Beitritt Großbritanniens und der übrigen Kandidaten. Wer annimmt, daß Frankreich ehrlich war, als es unter De Gaulle nein sagte, muß auch jetzt, da es unter Pompidou ja sagt, dessen Ehrlichkeit voraussetzen. Die Kandidaten ihrerseits streben den Beitritt an. Das allerdings besagt alles und nichts. Letzten Endes kommt es darauf an, wie die Minimalforderungen ausfallen, ob sie den Beitrittskandidaten annehmbar sein werden. Sicherlich wird in diesen Monaten und noch mehr, wenn die Verhandlungen einmal begonnen haben, überaus hart gerungen werden. Deswegen sollte man nicht zurückschrecken, denn auch 1963 war man trotz entgegengesetzter Beteuerungen von einer Einigkeit noch sehr weit entfernt. Den Haag aber hat mit Sicherheit eines gebracht: kein politisches Veto schwebt mehr über den Gesprächen. Allerdings darf auch die Freude über dieses Erreichte nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht allein für die EWG, sondern für das freie Europa schlechthin die Bewährungsprobe noch bevorsteht. Ob sie letztlich bestanden wird, hängt nicht weniger stark von London als von Paris und dessen Partnern ab. Alles kommt darauf an, ob der allseits bekundete Integrationswille der Schwierigkeiten im Geiste der jetzigen und der vergrößerten Gemeinschaft Herr zu werden vermag. Das aber erwarten und hoffen wir.

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: HET FINANCIËLE DAGBLAD

DATE-DATUM: 4 / XII / 69 PAGE-SEITE: 9

CLASSEMENT-ABLAGE: 1ste la Haye

A-AN: B/S, H. Pabon

Belangwekkend artikel

Redelijk resultaat

Het resultaat van de Haagse topconferentie is niet spectaculair, vooral niet voor de van spectaculaire en sensationele gebeurtenissen levende publiciteitsmedia. De besproken problemen zijn te ingewikkeld en te technisch om tot spectaculaire beslissingen in enkele uren van discussie tussen regeringsleiders te kunnen leiden. Dat kan alleen als het gaat om zeer simpele, maar zeer dramatische conflicten zoals een dreigende oorlog of een acute crisis in de betrekkingen tussen staten. Hier was sprake van een fase in een lange en zeer geleidelijke ontwikkeling.

Toch is die ontwikkeling wel opvallend als men bedenkt dat president de Gaulle pas een goed half jaar van het toneel is verdwenen en als men zich voorstelt wat hij zelf van een dergelijk resultaat zou denken.

Natuurlijk bevat het slotcommuniqué slechts goede voornemens, geen harde besluiten. Maar de mogelijkheid is hiermee geschapen, dat de zes landen opnieuw aan het werk gaan om langzaam en moeizaam het werk van de eenmaking hunner economische structuren te hervatten na de lange onderbreking, die de aandacht ervoor heeft doen verslappen en de belangstelling overal heeft verflauwd.

Een oordeel uit te spreken over de werkelijke betekenis van deze topconferentie is vooralsnog voor niemand mogelijk of zinvol. Alles hangt af van de vraag of men over voldoende doorzettingsvermogen zal beschikken om nu ook werkelijk tot besluiten te komen. Het zal verre van eenvoudig zijn een regeling voor de

landbouwfinanciering te bereiken. Nog moeilijker zal het zijn om de voornemens op monetair, economisch en technologisch gebied te realiseren. De onderhandelingen met Engeland zullen bijzonder moeilijk en langdurig zijn, maar er is een duidelijke opening naar een grotere Europese eenheid gemaakt, nadat dit jarenlang niet mogelijk bleek.

Vergeet men een ogenblik de show, die op het Haagse Binnenhof is opgevoerd met al de nationale protocolaire rompslomp, die daarbij schijnt te behoren dan moet men toch in alle eerlijkheid en objectiviteit vaststellen, dat in de gegeven omstandigheden de conferentie aan haar doel heeft beantwoord. Het is een eerste redelijke succes na een zeer lange periode van stagnatie en frustratie. Of de toekomst voor de Europese samenwerking rooskleuriger zal zijn hangt overigens voor een goed deel mede af van de vraag of de reacties op deze goede voornemens ook van Britse kant intelligent en positief zullen zijn. De discussie in Engeland zal nu pas goed beginnen en die zal stormachtig zijn juist omdat zij nu eindelijk actuele betekenis heeft gekregen. Het lijkt er echter op dat Engeland opnieuw een goede kans is gegeven om een nieuwe rol — ditmaal binnen Europa — te gaan spelen. Europa kan daar veel bij winnen.

Drs L. Metzemaekers



Bevredigende afloop

De Haagse topconferentie heeft toch nog een bevredigende afloop gekregen, hoewel iedereen kan volhouden, dat de resultaten overtuigender hadden kunnen zijn. Weliswaar is in het slotcommuniqué zelfs geen periode aangegeven, waarbinnen de onderhandelingen met Engeland en andere kandidaatleden van de Gemeenschap moeten worden begonnen, maar er is de algemene interpretatie, dat de Zes het binnen een half jaar onderling eens kunnen worden over de manier van onderhandelen en over hetgeen de kandidaatleden in eerste instantie zal kunnen worden aangeboden. De Franse minister van buitenlandse zaken Maurice Schumann beaamde dit.

De vraag is niet meer of Frankrijk slechts een rookgordijn heeft willen optrekken, dat moet versluieren, dat er in feite niets veranderd is. De Franse politieke wil om met de Britten tot een regeling van de Engelse toetreding te komen is gebleken in de verklaringen van de Franse president. Iets anders is, dat Pompidou een geslaagde poging heeft gedaan om de Franse greep op het Europese scenario te behouden. De voltooiing van de Gemeenschap — de totstandkoming van een definitieve regeling van de Europese landbouwfinanciering — dient naar Franse zin verwezenlijkt te worden, wil er van een opening van de onderhandelingen met Engeland en andere landen sprake zijn.

Hier liggen de nodige voetangels en klemmen. Niet alleen dat een definitieve financiële regeling voor de landbouwpolitiek door de nationale parlementen moet worden goedgekeurd, hetgeen de Fransen ertoe kan bewegen slechts dan van voltooiing te willen spreken, wanneer de ratificatieprocedures in de zes landen achter de rug zijn. Nog markanter zijn de gevaren, dat de Frans-Duitse tegenstellingen over de inhoud van een financieel akkoord een vertragende invloed zullen hebben. De Duitsers wensen als belangrijkste contribuant van het Europese landbouwfonds een plafonering van de bijdragen en opheffing van de overschotten, die een grote belasting voor het fonds zijn. De Fran-

sen geven toe, dat de landbouwproductie — hun boeren vooral helpen de overschotten in stand te houden — gesaneerd moet worden, maar zij wensen dat los te zien van de financiële regelingen. Toch lijkt ook hier een compromis mogelijk op basis van de gisteren bereikte overeenstemming, dat de „begrotingslasten” beperkt moeten worden. De toenadering tussen de verschillende standpunten — een toenadering die uitmondde in de befaamde „interpretatie” van premier De Jong — kan getraceerd worden vanaf een nachtelijk gesprek gisteren in Den Haag tussen ondermeer president Pompidou en kanselier Brandt. Daarop volgde in de ochtendvergadering de verklaring van het Franse staatshoofd, die later model zou staan voor de zinsnede in het communiqué over de uitbreiding van de Gemeenschap. Tijdens de werklunch in Hotel Wittebrug werd volgens de officiële lezing tenslotte vastgesteld dat in het communiqué geen datum of periode zou worden aangeduid, maar dat premier De Jong als voorzitter van de conferentie een interpretatie van de paragraaf over de uitbreiding zou geven. In die interpretatie werd opgenomen de conclusie, dat de Zes voor het einde van het eerste semester van 1970 een gemeenschappelijke positie over de onderhandelingen met de kandidaat-leden moesten kunnen bereiken. Een Italiaanse lezing suggereert overigens, dat het compromis pas in de namiddag werd bereikt, nadat de Vijf onder zware Franse druk door de knieën waren gegaan en vanaf dat moment afzagen van opneming van een datum of periode in het slotcommuniqué.

Hoe het zij, de Fransen hebben een indrukwekkend diplomatiek succes behaald. Maar evenzeer is de sterke positie van de Bondsrepubliek tot uiting gekomen in de krachtige en gedetailleerde rede van kanselier Brandt en het beheerste Duitse aansturen op een redelijke afsluiting van de conferentie. Het moet Parijs duidelijk zijn geworden, dat in de nu volgende technische onderhandelingen de Duitsers een geduchte tegenspeler zullen zijn.



Belangwekkend artikel

Voorlopig compromis

WAT de topconferentie van de Zes niet heeft gebracht is een duidelijk en inspirerend signaal voor een nieuwe start van de Europese politiek. Wel is uit de bus gekomen een compromis dat het mogelijk maakt, het gesprek over voltooiing, verdieping en uitbreiding van de Europese Gemeenschap nog enige maanden voort te zetten.

In de praktijk — d.w.z. in de verdere besprekingen van de Raad van Ministers der Gemeenschap — zal moeten blijken wat de onderdelen van het compromis waard zijn en waarover men het op de top eens is geworden.

Het compromis houdt eigenlijk in, dat niemand definitief afstand heeft gedaan van zijn standpunten en iedereen zich alle mogelijkheden heeft voorbehouden om in een later stadium nog alles te torpederen.

De Franse minister Schumann noemde het resultaat een totaal succes uit Europees en uit Frans oogpunt. Maar in het licht van hetgeen van de Franse standpunten eerder bekend was geworden, moet die uitspraak met een grote korrel zout worden genomen.

Er is immers geen sprake van, dat de Zes enige verplichting op zich hebben genomen ten aanzien van een aantal oorspronkelijke Franse wensen, zoals periodieke bijeenkomsten van de ministers van buitenlandse zaken, alsmede twee bijeenkomsten per jaar van de ministers van financiën en economie, voorbereid door een „licht secretariaat“.

Evenmin is aan de Franse wens voldaan nu al een onderhandelaar aan te wijzen, die uit naam van de Gemeenschap met de Britten zal spreken.

Maar wel hebben de Fransen de formulering aanvaard dat de budgettaire bevoegdheden van het Europese Parlement moeten worden vergroot, terwijl eerder een Franse woordvoerder had laten weten, dat naar de mening van president Pompidou de kwestie van de bevoegdheden van het Europese Parlement pas na de uitbreiding van de Gemeenschap aan de orde behoorde te komen.

Overigens is de formulering „de budgettaire bevoegdheden van het Europese Parlement versterken“ er zo een waarvan in de praktijk de betekenis nog zal moeten blijken.

TOT de verrassingen van deze toch op initiatief van Parijs belegde bijeenkomst behoorde de wat matte en defensieve wijze waarop de Franse delegatie heeft geopereerd. Dat begon al met de openingstoespraak van president Pompidou, die bijzonder mager was en in wezen niet meer bevatte dan het oude gaullistische standpunt: concreet wat de consolidatie van de landbouwfinanciering betreft, maar zeer vaag met betrekking tot de uitbreiding.

Het offensief kwam voornamelijk van de kant van de Duitsers. De rede van kanselier Brandt bevatte de elementen voor een krachtige communautaire politiek, die bijv. in een eerste fase een coördinatie van de economische politiek op korte termijn zou omvatten en in een tweede fase de economische unie en de monetaire unie.

De vraag rijst, of Brandt voor de Fransen niet wat al te voortvarend is geweest. Want wanneer Parijs aan monetaire samenwerking van de Zes denkt, dan is dat toch vooral in termen van een eerste reservelinie voor

de zwakke frank, een automatisch systeem van wederzijdse hulp als een der leden in moeilijkheden komt. En dan denkt Parijs ook aan het spreken van de Zes met één stem — liefst die van Frankrijk — in het Internationale monetaire fonds.

Maar of Parijs nu al positief zou staan tegenover een volledige monetaire unie van de Zes op relatief korte termijn, mag worden betwijfeld, nu de mark sterker en sterker, de frank daarentegen zwakker en zwakker wordt. Op korte termijn zal een monetaire unie van de Zes voor Frankrijk immers het gevaar inhouden, dat het zich zal begeven in wat in de praktijk een mark-zone zal blijken te zijn.

Over het algemeen maakte de Franse strategie in Den Haag de indruk, dat zij in de eerste plaats was gericht op het winnen van tijd.

Niet onmogelijk is, dat president Pompidou eenvoudig nog niet in staat is de lijnen van een nieuw buitenlands beleid uit te stippelen, omdat hij nog niet voldoende greep heeft op de Franse binnenlandse situatie en de grote lijnen van het na-gaullistische interne beleid nog niet heeft kunnen bepalen.

Zo verklaarde eind vorige week minister Schumann in de Franse senaat, dat in Den Haag zou worden beslist over de toekomst van „Europe atomique“. Wat over de besprekingen bekend is geworden maakte evenwel niet de indruk, dat deze zaak door de Fransen op zo'n dringende wijze aan de orde is gesteld.

Maar ook hier zullen pas nadere besprekingen kunnen leren, wat de desbetreffende passages in het communiqué van gisteren waard zijn.

WAT het gesprek met Engeland betreft is de interpretatie die premier De Jong als voorzitter van de conferentie heeft gegeven, belangrijker dan de geïnterpreteerde passage in het communiqué. Die interpretatie komt erop neer, dat uiterlijk aan het begin van de tweede helft van 1970 het interne vooroverleg tussen de Zes over de uitbreiding afgesloten moet zijn en de onderhandelingen met de kandidaten op basis van een gemeenschappelijk standpunt moeten kunnen beginnen.

Ook hier zal het van de goede wil van alle betrokkenen afhangen of de woorden van het communiqué een positieve betekenis hebben.

Opmerkelijk is overigens, dat het communiqué zwijgt over enige belangrijke zaken zoals de meerderheidsbeslissingen in de Raad van ministers en de versterking van de positie van de Europese Commissie.

M.a.w.: zelfs als het communiqué van gisteren positief wordt uitgevoerd, zal in de definitieve periode de mate van supra-nationaliteit die in het verdrag oorspronkelijk was voorzien, niet worden bereikt.

De verdere gang van zaken zal overigens niet meer uitsluitend afhankelijk zijn van de zes regeringen. Het definitieve financiële reglement en eventuele bepalingen inzake eigen middelen en het begrotingsrecht van het Europese Parlement zullen de goedkeuring behoeven van de nationale parlementen.

De parlementariërs in de zes landen zullen dus in belangrijke mate meebeslissen over en dus mee verantwoordelijk zijn voor de toekomst van de Europese integratie, met name voor de toekomst van het Europese parlementarisme.

DG X - A/1



GD X - A/1

JOURNAL-ZEITUNG: THE TIMES

DATE-DATUM: 4. XII. 69 PAGE-SEITE: 11

CLASSEMENT-ABLAGE: d. n. LA HAYE

A-AN: B/S + M. Pokris

Europe on the move: British entry by 1973?

From David Spanier

The Hague, Dec. 3

Europe looks a different place after the Common Market summit meeting here. Whether it will become a better place is another matter. That is up to all the countries of western Europe concerned. But the possibility of creating a new relationship between the countries of Europe, which will enhance both the standard and the quality of our life, now exists again.

The significance of the summit meeting can easily be exaggerated. On the morrow of an involved international meeting, conducted on the grand scale, when all the participants hail the results as a great success, it is natural to feel carried away. In this sense, the occasion could be seen as the triumph of an ideal European unity over narrow sectional interests. Such a judgment would be rather premature, because unity in Europe is still to be won and is still far off. But the idea, though tattered perhaps, still lives, and that is the first proof from the summit.

The sectional interests also survive; indeed, they abound. Each country had its claims well staked out—including Britain, though on the outside of it all. What happened was that the principal participants at the summit showed that they recognized that the interests of each could only be met in partnership, that a single country could no longer ride over the wishes of the others. That, after all, is the meaning of a Community. In this sense, the Common Market summit was a victory for common sense.

EXPANDING CONCERN

The Common Market, since its launching in 1958, has often had these days of drama. The decisions taken at The Hague form a natural bridge between the Common Market's first twelve years, its transition period, which ends on December 31, and its definitive stage, which begins on the following day. The official communiqué spells out its future course.

What it reveals is an expanding and exciting concern. All the problems remain, of course. A meeting of heads of government does not attempt to get down to the brass tacks of economic integration. That will be the task for officials and technocrats, and will cause many more crises in the months to come. But they will now have the political backing behind them to surmount these problems. It is the belief of most people in the Community that they can be surmounted, which supplies the answer to the obvious criticism that the communiqué leaves open many vital questions.

The most important of these open questions concerns Britain herself. It does not follow automatically that we shall now gain entry to the Common Market. One can make a broad timetable of negotiations formally opening next July, pausing for the summer recess and perhaps a general election here, and then going on right through 1971, if not beyond. It might then take the best part of 1972 before membership is finally ratified, and we take our place at the Council table. 1973 was the year mentioned by circles close to M. Pompidou, as the different delegations returned to their capitals today.

But this remains only a reasonable expectation, not a certainty. The Six are going to have a hard time agreeing on a common negotiating position by the end of next June. What is this to consist of? How far must they go, and how deeply into the minor issues? In addition, the interest of other countries who have applied to join—Denmark, Norway and Ireland—and of the other countries of Efta who do not seek full membership have to be taken into account.

BETTER ORGANIZED

M. Jean-François Deniau, member of the commission responsible for external affairs, who played a key role in the negotiations of 1961-63, feels that at that time it was all very badly prepared. Neither the Six, who spent most of the set meetings locked together hammering out their position, nor Mr. Heath, who also had to confer closely in London as each new development unfolded, were in a position to act efficiently. It must be better organized this time, M. Deniau believes.

Certainly it should be simpler, given the reduced list of British requests for changes on the one side, and the evolution of trading patterns, notably in the Commonwealth, on the other. But, leaving aside the question of the will to succeed on the part of the Six, nothing moves quickly in the Community.

In the Common Market, the most likely cause of a failure is seen to lie with Britain herself. The opinion polls may not be a reliable guide to feeling in the future, when the question of membership may be more widely appreciated. British people are expected to wax more enthusiastic. But the polls are read; the signs of wavering on the part of leaders of both main parties are noted; a residual feeling remains that perhaps the British will get bored of waiting, or that the price will not seem worth paying. Some old-guard Gaullists probably hope so.

Nevertheless, what is quite new is the attitude of the French Government. M. Pompidou said right from the moment that he assumed power that the veto was over. The communiqué after the summit enshrines this fact. It speaks of the entry of other countries of our continent as being of "undoubted help" to the European Community. That represents an enormous change in the French position. France's Common Market partners are inclined to take it at face value.

Confidence among the members of the Six cannot be restored overnight. But a start has been made. M. Pompidou's opening speech at the summit struck the wrong note. But it may be fair to lay the blame for this on his advisers. Where M. Pompidou might be given credit is in the speed and decision which he showed on the second day of the conference



in putting matters right. He is open to persuasion. While he may not be a dedicated European, he has seen clearly where French interests lie.

Herr Brandt was the star of the show, and it is the best of all omens for European hopes that his touch seems so sure. His speech was absolutely right for the occasion from the simplicity of his opening sentence—"If all were well in Europe, we would not have met today"—to the quiet line of his conclusion, which pointed outwards, to the needs of the developing world beyond Europe.

As for what the Six decided among themselves, for their own programme of work, there is nothing in that which need make the task of negotiations when they come more difficult. This is also an important gain from the summit. There was a certain fear that while granting membership with one hand, the Six might snatch it back with the other, by making their agricultural policy impossible for us to accept. That is not the position.

The communiqué speaks somewhat portentously of laying down a definitive financial arrangement for the common agricultural policy, which can be changed only by unanimous vote of the Six. But what is "definitive"? French spokesmen were understandably evasive on this. And could any issue with such sensitive political and economic ramifications ever be devised in the first place, let alone changed, without unanimous backing? What is significant is that the communiqué lays down the fact that the financial regu-

lation may be changed in the light of new members coming into the Common Market. That stipulation should provide the Government with all the assurance it needs to counter the wilder exaggerations about the cost of the present farm policy.

POLITICAL LINK

What is more the whole tone of the communiqué attests to the fact that, whatever the laws may say and however the technicians may pronounce, there is a political link between the internal development of the community and its enlargement. These are two sides of the same coin. The Six have set themselves various tasks in the month ahead, under the rubric of "strengthening the community", which will carry economic integration further; but all this will, inevitably, take place against the wider backcloth of the impending enlargement of the community, from six nations to ten. M. Pompidou, conceding a most valuable point, indicated that it would be only right for the candidate countries to be kept in touch with these international discussions.

It is because the European community is a developing and going concern that it is so much in Britain's interest to get in quickly. In that way we can play an active role in shaping the longer term future in Europe, for the 1970s and beyond.

GD X - A/1



GD X - A/1

JOURNAL-ZEITUNG: THE FINANCIAL TIMES

DATE-DATUM: 4. XII. 69 PAGE-SEITE: 1

CLASSEMENT-ABLAGE: d. of LA HAYE

A-AN:

Government hopeful U.K. could join Six by end of 1972

BY JOHN BOURNE, LOBBY EDITOR

The Government is now fairly confident that negotiations for entry into the Common Market will start next July and that if all went well they could be completed in about a year. Allowing a further period for the agreement to be ratified by the Parliaments of the countries involved, this would enable Britain to be a member of the EEC by the middle or end of 1972.

This was the reaction in Whitehall yesterday to the result of the Common Market's summit meeting at The Hague. Mr. Edward Heath and other Conservative leaders take a more cautious view, however, on the likely timetable of negotiations.

They believe the negotiations would probably last up to two years and that the earliest date for entry is unlikely to be before 1973 or 1974. All politicians believe, however, that it is now virtually impossible for agreement with the Six to be reached before the next General Election.

Major problems

In Whitehall the view is that the most likely order of events is as follows:—

1—Preliminary talks between Britain and the Common Market next July to define the major problems to be discussed in the negotiations. The Government and the Six accept that the negotiations should concentrate on a few clearly defined fields and that minor issues could be left to be settled once Britain had joined.

The Major issues include agriculture, the position of New Zealand, Commonwealth sugar and the length of the transitional period.

Two these may be added the position of sterling and general currency policy, and the institutional arrangements of the enlarged Community, including voting rights.

2—Full negotiations to start in earnest in September. These would be expected to take about a

year, perhaps a little less or a little more. The British Government wants the negotiations to be completed as speedily as possible, and it believes the Six share this concern.

It was said in Whitehall last night that there was no sign yet that France wants to link discussions on nuclear weapons with the Common Market negotiations. The subject, it is understood, was not mentioned at The Hague summit.

A full report on the Summit meeting as far as it affected Britain—filling in the gaps in the official communiqué—was given to Mr. Michael Stewart and Mr. George Thomson and their officials at the Foreign and Commonwealth Office yesterday morning by Dr. Paul Frank, political director of the West German Foreign Office.

He had flown to London on the instructions of Chancellor Brandt. Later Dr. Frank met the Prime Minister for 20 minutes at No. 10, Downing Street.

Mr. Wilson will be closely questioned in the Commons to-day about The Hague summit, but he will not give his considered view until Monday, when he will devote some of his speech opening the Foreign Affairs debate to the Common Market.

Mr. Stewart said yesterday that it was encouraging that negotiations for British entry could start not later than the middle of next year. Speaking at Heathrow Airport, before leaving for the NATO Foreign Ministers' conference in Brussels he said: "The negotiations, of course, have many difficult problems in that we have to remember our obligation to the Commonwealth, to agriculture and its financing. What is encouraging on this side of the Channel is that there is the will that the negotiations should begin and that they should succeed."

The Foreign Secretary said he thought there had been a substantial change in the attitude of the present French Government, compared with that of the de Gaulle Government. The Hague con-

ference and communiqué indicated that the whole tide for a united Europe was flowing strongly and it was fully understood that to get that ideal "you had to have Britain there."

"I notice that the countries now in the Community—the Six—recognise that the problems they have to solve for themselves have got to be dealt with in the light of enlargement."

Asked if he saw the Common Market as a General Election issue, Mr. Stewart replied: "No, because all the three political parties' representatives in Parliament are agreed on this matter." Asked his view on yesterday's Gallup Poll showing that public support for the Common Market was falling, he said: "I think this is largely because we have been disappointed twice." There was naturally a reluctance and a tendency for people to say: "Are we going to get a third rebuff?"

Mr. Stewart's views on both these points are challenged, of course, by anti-Marketees in the Commons, both Tories and Labour. Their main concern now will be to try to force the Government to insist on a whole series of safeguards for Britain, some of which—if pressed hard at Brussels—would lead to a breakdown in negotiations.

Some Conservative MPs are still suspicious of Mr. Wilson's intentions. But their more extreme fears—that the Prime Minister might do a somersault on the Common Market just before the General Election—have been largely allayed by the news from The Hague. They point out that if the Prime Minister wanted to change course on the EEC, in the middle of the negotiations, he would hardly have the opportunity to do so if the negotiations do not start in earnest until next September.

The news that negotiations will not open until next summer has also cheered some of the anti-Market Labour MPs. The possibility that Mr. Wilson might reach an agreement with the Six just before the Election has been one of their main anxieties.

Mr. Wilson and Mr. Stewart, however, are expected to try to keep their hands reasonably free for the negotiations, although both realise that any agreement will have to be acceptable to the majority of the Commons.

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: THE ECONOMIST

DATE-DATUM: 6-XII-69 PAGE-SEITE: 13

CLASSEMENT-ABLAGE: J. sp. LA HAYE

A-AN: _____

Britain's Blind Date

The good news from The Hague this week, which caught the headlines across Wednesday's morning newspapers, was that the European Economic Community has agreed to prepare for negotiations with Britain by the end of next June. The bad news was that once again a French president has shown that he does not believe in a real European community. That is the basic truth from this week's meeting.

M. Pompidou was preceded to The Hague by a cloud of rumours. For weeks he had been studying the dossiers. He was preparing a major speech. This was to be the *relance européenne*, the great initiative that would drive the European community forward into the seventies. And what happened? There was indeed a major European speech. It came from the German chancellor, Herr Willy Brandt. M. Pompidou said nothing on the first day that could not have been cobbled together from old statements by any competent third secretary in the Quai d'Orsay, even one who had been trained under M. Michel Debré. On the second day he unfolded his plans for the future of the community. The mountain had laboured; the mouse that appeared was not by any means a purely gaullist one. But it was the work of a Frenchman, not a European.

It contained some good things. M. Pompidou said, and persuaded all his partners that he sincerely meant it, that he wants to see the present EEC enlarged. He proposed some industrial co-operation in projects of European value, though of particular value to France; and some monetary co-operation.

He also made two proposals, and one non-proposal, with which General de Gaulle would hardly have disagreed. One was for regular meetings of foreign ministers to discuss foreign policy. The institutions of the EEC as such—the council of ministers, commission, and parliament—are not now meant to concern themselves with foreign policy. M. Pompidou offered no suggestion that they should be. The second proposal was for similar meetings of economic and finance ministers, aided by “a small secretariat.” Such a secretariat exists. It belongs to the council of ministers, and when it wants any serious work done it can call on the European commission. What was this new secretariat? French spokesmen insisted that this was not a new device for bypassing the commission. Neither the commission nor the Dutch shared that opinion.

Here we were back in the good old days of intergovernmental co-operation; a realistic and reasonable thing to propose, if one's perspectives go beyond that toward eventual

supranational decision. M. Pompidou offered no hint that his do. He said nothing about the development of the community's institutions, and he explained why: this would raise general problems that could only usefully be discussed with the new members, at the time when the community is actually enlarged. This year, next year, some time . . . anyway, not before 1973.

There is a strange contrast here with the French insistence that the present EEC members alone must decide on the broad lines of its future development without the “candidates” (Britain, Norway, Denmark, Ireland) getting a word in edgeways. The French explanation is that the aims of the community are fundamental, the institutions merely means towards them. This really will not wash. Most of the matters on which Paris insists that the Six alone must make up their minds are themselves purely means to an end—industrial or economic co-operation, for instance. One cannot really argue, either, that it is a fundamental aim that Europe should be independent but merely a means to an end that it should be democratic. And that is an immediate issue: the question whether members of the European parliament should be directly elected, and whether it should have real power. This happens to be something that most of the EEC countries (and Britain) are for, and France is against. How strange, but how convenient, if this, of all matters, were to be the one on which nothing could be done until the candidates have had their say.

To say this is not to accuse President Pompidou of bad faith. He was elected president of France and has never claimed to be representative of anything wider. He is under pressure from gaullist irreconcilables to whom supranationalism and England seem to be equally abhorrent. Compared to his predecessor he has already taken several significant “European” steps. Nor was he inflexible. His proposals for ministerial meetings vanished like the dew, and his negative proposal about the community institutions was replaced by agreement in principle to extend the budgetary powers of the European parliament. It may well be that in future M. Pompidou will show himself ready to move much faster along the European road than he did this week; if so, harsh judgments will have to be revised. But one cannot avoid saying this. There was a chance this week for relaunching Europe. Herr Brandt seized at it. M. Pompidou did not.

That need not distress those for whom British membership of the EEC is an end in itself. Indeed M. Pompidou's

reliance about supranationalism may even help with British public opinion, which—voters and politicians alike—tends to be appalled at the idea. But M. Pompidou's attitude was also a warning. Throughout the summit meeting, his aim was simple: to bargain for the national interests of France. He showed no readiness to give up anything for any larger interest.

His attitude towards Britain's application was a fair specimen. It costs France literally nothing to agree to open negotiations, and it would have cost less than that to fix a deadline for opening them. But the French government had refused to consider a firm date; so hours had to be wasted finding a compromise that would save M. Pompidou's face—a compromise that was not bought for nothing. In return for promises of good behaviour in 1970, France has the promise of a definitive financial regulation for the common agricultural policy by the end of 1969; a regulation that will not be accepted in Paris unless it continues to pour EEC money into French pockets.

The British can take note. Their negotiations will certainly not be easy, and probably not swift. The date at last half-agreed is no triumph for Britain. It means that the French government will be, may be, prepared to open talks 14 months after the fall of President de Gaulle, and 12 months after it itself first put forward the notorious *triptyque*—completion, development, enlargement—for the European community. At this miserable pace, it will take considerably longer to admit Britain to a going concern than the two years it took to get the EEC from first mooted at Messina to actual agreement on the Treaty of Rome.

Provided, that is, that the negotiations succeed at all. M. Pompidou has now answered the question we asked last week: are the French serious about creating a "European Europe"? As of now, they are serious about creating a Europe that serves the interests of France—a reasonable proposition, but a different one. They will not welcome Britain eagerly into the fold; they will admit it grudgingly when they are convinced that it will pay France to do so. And who exactly will pay? Well, guess. M. Pompidou's France will not lean over to make the burden on Britain any less than it can make it.

The price about which most fuss will be made, both by France and by British opponents of entry to the market, will be that for supporting European agriculture. It is going to be important to be clear-headed about this. In the broad sweep of human history, the present mess over Europe's common agricultural policy is entirely trivial. The essence of the mess is that European farm prices are pitched so high that any reasonably efficient group of farmers is encouraged to produce a vast surplus of unwanted food. Because France's agriculture is larger and slightly more efficient than Germany's, it at present produces most of the surplus—and gets paid by other EEC members for doing so. Because Britain's much smaller agriculture is far more efficient than most people realise, it will also respond to present high European prices by producing much more than any European government (including Britain's) realises. It is a safe bet that the drain of foreign exchange from Britain on agricultural account will be far less than British pessimists are at present saying, because our need for food imports will drop sharply.

In consequence, the internal burden—the nuisance of keeping resources in agriculture that could much more profitably be employed in industry, perhaps even transferring back some resources that have recently and sensibly left the land—is going to be higher than generally supposed. But it cannot possibly amount to more than a transfer into less efficient uses of 1 per cent of the resources at present making Britain's gross national product. Obviously, it will be worth

paying that price in order to gain the economic advantages of joining the EEC; those who say that it will not be belong to the same category of the myopic as those who seriously said in the eighteenth century that Britain should not have accepted the cession of Canada from France, because current sugar prices made it much more profitable to demand instead the cession of Guadeloupe. But during any negotiations, France's tough attitude will give Britain's anti-marketters full rein.

In order to soften that French attitude, it will be important to keep on making it clear to France that—at present EEC price levels—the British farmer could and would supply a remarkably large proportion of Britain's food needs, so that the EEC simply cannot both maintain idiot price levels and acquire a British market. One or the other, maybe; but not both together. Even more importantly, it will be essential to demonstrate to France that French interests are not merely those of French farmers.

If M. Pompidou is serious about developing advanced industrial projects on a European scale, he needs to be persuaded that France will gain from British participation, and that Britain's technological dowry will indeed be available—after the wedding. Conversely, Britain (with Holland and Germany) is inside one of the projects he referred to obliquely this week, the gas centrifuge plan for producing nuclear fuel, and France is not. The French might well wish to take part (as the Italians do, though they have received a wretchedly dusty answer). Britain could push this project ahead with its present partners, while being perfectly ready to slot the French in (if that is technically possible)—again, when, but only when, Britain is inside the community. In the field of defence policy, this or the next British government will have to take seriously French interest in co-operation about nuclear weapons, which Mr Wilson—in public at least—has so far brushed aside. And, in the widest sense, Britain will have to consider where it can narrow the differences between its foreign policy and that of post-gaullist France.

On the European scale the problem is different. The question of confidence still lingers: not everyone everywhere is absolutely sure that the British really are European; that the entry of new members will in fact strengthen the community, instead of weaken it. That aside, the problem, in part, is literally one of more frequent contact: British ministers have a faint fish-out-of-water, please-God-get-me-back-to-Barnsley-or-Hampstead-quick, air when they make one of their rare trips to the continent. In part the need is to make the British point of view forcibly known. The French would like to pretend that for the next six months everybody, especially the European commission, must treat the British as if they were not there, while the EEC countries discuss the future of Europe. But that is no reason for the British government to make itself invisible. It should do the opposite, in Paris and all other EEC capitals. If Britain is to be excluded from discussions that vitally affect it, it must make itself heard by other means.

And at home? The party leaders' attitude here has tended to be cautious, on the familiar theory that the best way of handling opposition to one's policies is, when possible, to ignore it. One can wonder if this is sensible. Slanted headlines and selective fact quite clearly are making their impression on public opinion, too much of which has been brought to believe that the EEC is mainly a device for raising the price of butter. No British government, happily, is in a position to shut up either a hostile press or Mr Emmanuel Shinwell. But it will be better if those who believe in a European future for Britain are bolder in answering them. The Duke of Wellington, after all, won more battles than the Duke of Plaza-Toro.

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: THE ECONOMIST

DATE-DATUM: 6-XII-69 PAGE-SEITE: 31

CLASSEMENT-ABLAGE: d. M. LA HAYE

A-AN: _____

Europe

Willy conquers

FROM OUR SPECIAL CORRESPONDENT

"Pompidou star of the Hague summit." So ran the early editions of *Le Figaro* on Tuesday morning, and you cannot really blame it, that was what the French press had been told to expect. By its later editions, the *Figaro* knew the truth: for Pompidou read Brandt. After the fanfares and the military bands, the clashes, the horse-trading and the public relations lies, the results of the summit were pretty puny for Europe and only tolerable for Britain and France. For Willy Brandt personally it was a triumph.

He stole the thunder on the first day, after M. Pompidou, to everyone's surprise, had contented himself with posing familiar questions in a speech that needs no more description than de-Gaulle-and-water (with one very important difference: even then, and he went much further later, M. Pompidou declared that the community should approach the British request for membership in a positive spirit). After this, anything would have been news. Brandt was more than news: he, alone, had come to The Hague with a coherent plan for reviving the European community.

He first declared, with a force that must have had Herr Kiesinger turning in his distant armchair, that it was time to let Britain in and no nonsense: more precisely, start talking in the spring, and

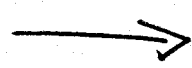
ensure that the intra-EEC talks on the community's future development were synchronised with the negotiations so that neither hampered the other. Beyond that, an important point: a "comprehensive economic solution" to cover the needs of Efta countries that do not join the EEC.

There followed suggestions for:

- step-by-step political co-operation within the community.
- co-ordination of short-term economic policy, leading to full economic and monetary union, including a European reserve fund to which each country would transfer part of its reserves.
- revival of Euratom, and its extension to non-nuclear fields.
- faster work in the EEC's council of ministers (Herr Brandt meant majority voting, though he did not say so), wider powers for its commission and its parliament.
- reform of the agricultural policy to cut out surpluses (including two important points for Britain: the admission that prices were part of the solution, and the statement that reform of the farm structure "will have to remain the responsibility"—which means both decisions and costs—of national governments).

Much of this never made the final communiqué, and one might suppose it is water under the bridge. Wrongly. This was not just a statement of German policy but of German independence. There was none of the hesitant looking over the shoulder toward Paris that we have been accustomed to. Monday was the day that post-war Germany came, politically, of age. Given its economic weight, its ideas are not going just to be forgotten.

But they can still be blocked. Way back, though not so far that embarrassing reporters won't drag it up, M. Jacques Chaban-Delmas declared that pompidouist France was ready to go "as fast and as far" as its partners on the road to Europe.



- 2 -

M. Pompidou's interventions proved something considerably more familiar: that a convoy moves at the speed of its slowest member.

Not that the French have not accelerated. Readiness to open talks with Britain was already apparent; a date, the end of June, by which "we see no reason why" the preparatory work should not be complete was new. M. Pompidou's proposals for industrial co-operation could be important. So, despite its anti-communitarian top-dressing, could be his support—even if the ideas themselves are nothing new—for taking a look together at large, or smaller but important, economic points. He proposed a fund to provide automatic short-term balance of payments support, and joint use of the EEC countries' new "special drawing rights" at the International Monetary Fund. He too said he was ready to revive Euratom.

Yet after Brandt, this fell pretty flat, despite the heroic efforts of M. Pompidou's myrmidons to disguise the fact. These gentlemen deserve a medal (though hardly the *Légion d'Honneur perhaps*) for sticking to their act in the face of almost universal suspension of disbelief. Within minutes of hearing a full account of the European commission's views from its own spokesmen, we heard M. Léo Hamon summarise them, from the same rostrum, as blanket approval of M. Pompidou. Even M. Maurice Schumann, who deserves better things, was forced to claim that he detected "total success."

The communiqué proves otherwise. France got a promise of a definitive agricultural finance regulation, "definitive" being defined as adaptable by unanimous vote provided the main principles remain untouched. It conceded a serious attempt to cut surpluses—which is in France's interest. The Dutch and Italians got the tiny concession that the new regulation must "take account" of all the interests concerned. But all this was predictable. And M. Pompidou's new and distinctively French proposals vanished. Foreign ministers are to "study" by the end of next year how to achieve political unification—not to meet regularly as a means of achieving it.

For Europe the conference was a curate's egg: a real advance compared to the past, a slight one compared to what is needed and was possible. The communiqué positively welcomes the prospect of new members, but it is short on the internal strengthening of the community. The European parliament is tentatively offered an increase in its powers of budgetary control. But direct elections are remitted for further study; they have been studied for ten years already. The European social fund—a small-budget farce which the Italians would like to turn into a major instrument of social welfare—is to be "reformed"; the commission has proposed a tenfold budget increase for it.

Euratom is to be given a new research programme. Technological co-ordination is patted on the back, economic and monetary union is to be studied. All this could

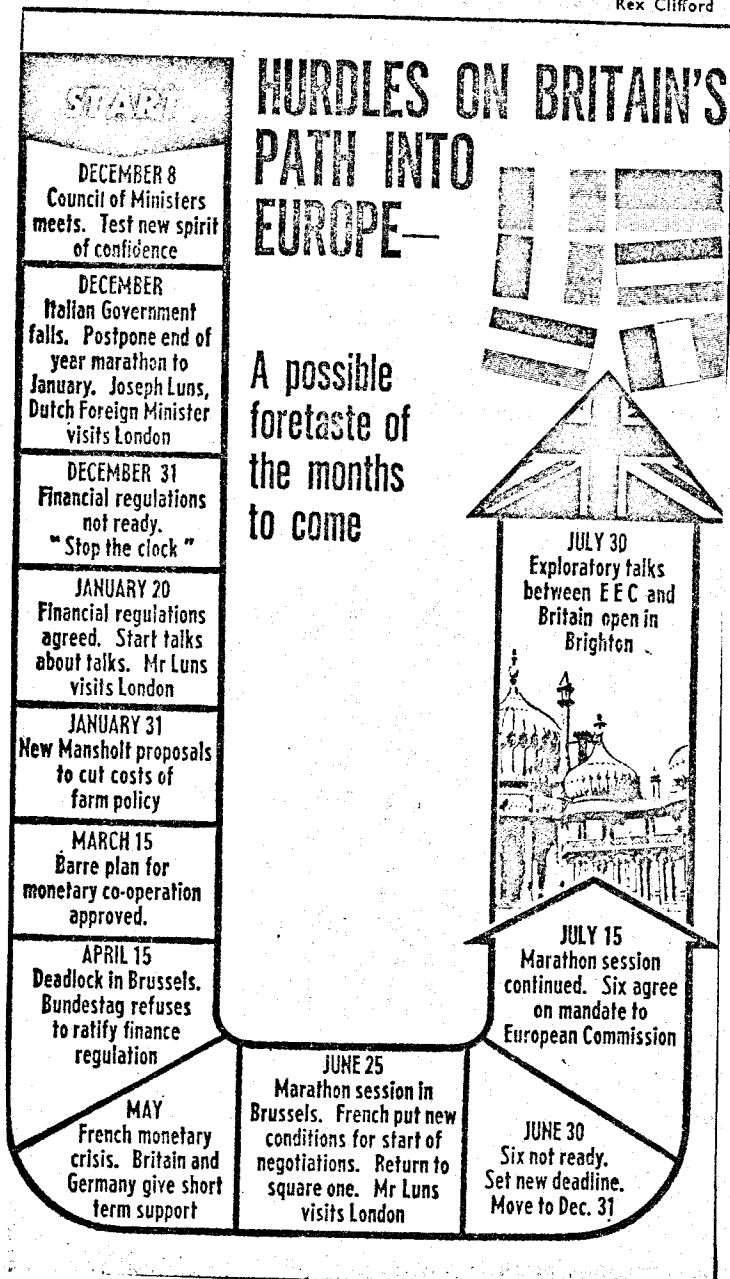
mean major steps forward—if action follows words. The only agreed deadlines are for the presentation of plans, not—as in the Treaty of Rome—for doing something about them.



John Lambert reports from Brussels on the hard road ahead for Britain and other candidates for EEC membership

Europe: Six into Ten may go

Rex Clifford



IT IS going to be a long road, with a lot of pitfalls, from The Hague to the start of new negotiations on Common Market entry. What will happen in Brussels between now and next July is both unreasonable—from the British point of view—and far from clear. The French have now convinced the other five that they really accept the idea of additional membership—Eire, Norway, Denmark are also involved in the new moves.

All the Six have agreed that this means establishing first a common position from which to negotiate. But instead of letting Britain and the other candidates in on the basis of the Treaty and what has so far been done, they have gone along with the French idea of spending the next six months fixing up new rules which Britain will then have to accept.

The pre-negotiation work programme in Brussels contains all the key sectors for Britain if she joins: agriculture, money and technology. The French are determined to shape the Community first and let Britain in afterwards. What is not clear is how far, in so short a time, they can succeed.

Money and economic policy will be one of the biggest tests. The French devaluation and the D-mark crisis brought home to the Six how firmly they are tied to each other, and even without the summit they were edging towards agreement on a first step in monetary co-ordination. This is the plan—produced in February by the European Commission's Vice-President, Raymond Barre—for bringing in automatic short term support in balance of payments emergencies. That is what the

French most want, and what President Pompidou asked for in The Hague.

But Chancellor Willy Brandt put another light on it, Germany will foot the bill for bailing-out operations only if everyone in the Community plays the game on economic policy.

The new emphasis from the German side is on a real commitment about the shape of national budgets. If the French want short term monetary solidarity they will have little option but to accept—and this means a big commitment for Britain too. At the end of the road, Herr Brandt has now placed the promise of a common reserve fund—a very big step indeed towards a federal system.

In technology, it was M. Pompidou who came to The Hague with a shopping list, slightly disguised as proposals for working together among the Six. By a strange coincidence the areas where he wants a common policy inside the Community, to be defined next year, are those where Britain would have the most to offer. He talked about fast breeder reactors to be built jointly, about a "giant computer"—a sort of Euro-brain for which France's CII (Compagnie Internationale pour l'Informatique, hitherto reluctant about such co-operation could link up with German firms and Philips—and about an isotope separation plant to produce enriched uranium for power reactors.

The reception to all this was cool and the communiqué spoke only of co-operation in growth sectors. The other five know that the French, after killing

off Euratom by their refusing to pool their nuclear efforts, are feeling left out, especially since West Germany, the Netherlands and Britain went in together on developing the centrifuge method of producing enriched uranium. But coming in on the centrifuge may well be one of the baits which will be dangled before the French until the success of the negotiations is in the bag.

But before they can start talking about these problems, the Six have to get over the tricky hurdle of renewing the financing regulations for their common farm policy. Doing this by the end of the year was France's absolute condition for talks. It is her guarantee that the others will go on paying their share of the cost of the common farm policy—which in accounting terms means a shift of hard cash from their budgets to France worth some £155 million this year and even more in the future.

The crunch on the common farm policy will come less about sharing the bill than about the size of it. There is not likely to be much change in the share each country pays, but early next year the negotiation will move on to Dr Sicco Mansholt's latest proposals for stopping the bill rising. Since it has now reached £1,250 million a year, this is now vital, not only for the Six, but for Britain who would have to pay a big part of it. The Germans and Italians, as they will be emphasising tomorrow in Brussels will only sign their open-ended banker's order for the French if they are convinced that progress will be made next year.

Mansholt's idea is to stop expenditure rising by changing price ratios and bringing some prices down and devoting the money saved to structural changes. This will be a test of whether the Six are prepared to go on and decide about his much more costly 10-year reform proposals.

If the early months of the year now take on a more immediate interest for Britain, May and June in Brussels will be crucial. The Six skirted around the problem, in The Hague, of when and how they would prepare for negotiations. All they are committed to is a common position—which the Five say must be achieved by June 30. But a precise mandate is needed—and also a negotiator.

It is also not clear with whom Britain and the other candidates will be negotiating. The French would like the European Commission, and since the mandate of the present commission with M. Jean Rey as president runs out in July, a new team could be appointed. The French might then push successfully for a Frenchman, perhaps M. Raymond Barre, to be president.

In the very best hypothesis there might be the first formal contacts with the candidates before the summer holidays. But in the meantime, the candidates must sit on the sidelines (M. Maurice Schumann, the French Foreign Minister, has refused any possibility of contacts until next summer) hoping that as the Six talk over the future of the Community, their friends inside will at least be fighting a holding operation for them, and taking the time off to keep them informed.

GD X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: THE SUNDAY TIMES

DATE-DATUM: 2-11-69 PAGE-SEITE: 17

CLASSEMENT-ABLAGE: J. de LA HAYE

A-AN: B/S + M PATRIS

Article signalé

INTO EUROPE

THE END OF THE DEAD END

FRANK GILES

DID THE EUROPEAN SUMMIT meeting at The Hague, with its implicit understanding that negotiations for Britain's entry into the Common Market should begin before next summer's holiday, mark a real turning point in the history of post-war Europe? At the acceptable risk of being called an optimist, I believe it did. This is not just because Britain is to have yet another chance of catching the bus which she first missed back in the Fifties. It is chiefly because The Hague conference, I believe, confirmed and strengthened the remarkable changes which have been taking place in Western Europe since General de Gaulle's withdrawal and, more recently, the arrival in power of a new German Government.

In the past three weeks on a tour of the European capitals, I have heard everywhere the same theme: Federal Germany, already the economic giant of the Continent, is now, under its new leadership, establishing bolder and more identifiable policies, towards Eastern, as well as Western, Europe. No one outside France doubted, and a good many people in Paris agreed, that this emergence of Germany has had much to do with the changed French attitude over British entry.

This notion of bringing in Britain to counter-balance Germany sounds ridiculously 19th-century, Congress-of-Vienna, balance-of-power sort of stuff. Nor is there much substance in the underlying arguments. German economic predominance is one, undisputed, fact. Her real political power is something very different. Physically divided, with an exposed flank to the east, Federal Germany would find it difficult to throw her weight about even if she wanted to.

But she doesn't—at least, not in the sense historically and disagreeably connected with German weight. Some Frenchmen may mutter ominously about "Rapallo" (the Weimar policy of attempted rapprochement with Russia in the early Twenties). In fact, Willy Brandt and his men have no illusions about their efforts at better relations with the East. They do not expect quick or substantial success, and they regard their good relations with the West as an indispensable part of German foreign policy as a whole. Nonetheless, the impression is general—and in my view largely justified—that Federal Germany has found a new voice and intends to make it heard. And in public as in private life, it is impressions which, whatever the truth, usually count the most.

The Hague conference certainly bore out these impressions. Although it was President Pompidou's idea in the first place, the dominant role was played by Brandt, whose forceful and constructive contribution struck such a contrast with Pompidou's deliberately low-key effort. Except for the victims of nostalgia, there is no cause for regret in this re-emergence of an authentic German voice. With the Social Democrats at the helm in Bonn, it is a sound unalloyed by even the faintest music of the unhappy past.

Change has not, however, been a German monopoly. President Pompidou may have had his thunder stolen at The Hague by Chancellor Brandt, but his attitude was nonetheless a crucial one. Who would have forecast, a year ago, that the French President would agree to a communiqué which explicitly recommends "the European integration process" and enjoins Community budgeting? No wonder the old-style Gaullists are stirring uneasily. It seems as though from now on, they will have to seek the *Europe des patries* among the *neiges d'antan*.

Slowly and tactfully and undramatically, Pompidou, his Prime Minister, Chaban Delmas, and his Finance Minister, Giscard d'Estaing, are re-directing policy and practice away from the pattern imposed over the years by General de Gaulle. The process has to be gradual; not because a lot of vengeful Gaullists waiting in dark corners have any real prospect of tripping up M. Pompidou as he passes by—a popular but quite unsubstantial myth—as that old habits die hard and no good driver likes to turn the wheel too violently in a car to which he is still unaccustomed. There is, as well, the question of French national interests, which no one can criticise Pompidou for defending.

People in Britain and elsewhere who snort and snarl about Gallic selfishness in making other people pay for their inefficient farmers need to study the facts more closely. Under the present agricultural arrangements, France's Common Market partners contribute only Frs. 1.5 milliard to the total of Frs. 6.5 milliard which goes to subsidise the uneconomic output of 3 million French farmers. The rest of the burden falls upon the French taxpayer. No French Government

of any colour, with or without de Gaulle allegedly breathing down its neck, could do less than Pompidou did at The Hague: namely, insist on a "definitive" renewal of the arrangements for paying for the Common Market's agricultural policy, arrangements which include not only common financing but the levy system on imports which gives French farmers a chance to expand their markets within the Six behind a water-tight protective barrier.

It will, therefore, be disastrous if Britain approaches the forthcoming negotiations with the idea, or even giving the impression, of seeking to destroy or modify the principles upon which the common agricultural policy rests. Contrary to popular belief in this country, those principles have not collapsed, but are as strong as ever, and accepted by all the Six. What has gone wrong, and everybody knows it, is the farm price system which has led to the accumulation of vast surpluses. Britain, as a major food importing nation, simply could not afford to enter the Common Market on that basis. Again everyone knows it, but I have a great fear

that when the Government's statistical studies about the cost of entry are made known next month, the anti-marketeters will consciously overlook the varying assumptions on which the figures are based, and proclaim with unholy glee the utter impossibility of British entry at any time.

They will be quite wrong. For the essence of the British negotiation, as I see it, is to accept responsibility for contributing towards the cost of the common agricultural policy while ensuring that that cost remains within bounds. The aim should be two transitional periods, running parallel: the first for Britain, during which she gradually adapts her agricultural system to fit the Continental pattern; the second for the Six, during which the Governments concerned take the political decision which only they can take vis-à-vis their farm lobbies by reducing prices until the surpluses disappear and large numbers of farmers, who now exist largely or solely through subsidies, are encouraged to leave the land. It is, of course, infinitely easier to write about such reforms than to enact them.

All this, however, concerns the outcome of the negotiations, not their beginning. Despite what was said or understood at The Hague about that beginning being in July, the preparatory work of defining a common attitude among the Six towards enlarging the E E C could be extended almost indefinitely by anyone—the French, for example—with an interest in doing so. Here, something close to an act of faith is needed: of faith in French good faith. I suggest such an act is justified. Not only has there been what is surely a genuine change of heart within the French leadership; if that new heart should show signs of faltering in the months to come, then the powerful voice of Bonn would again make itself heard, as it has failed to do hitherto but as it did at The Hague with such effect.

The time-table after negotiations begin is anyone's guess. It seems in the highest degree unlikely that they can be completed before the General Election in Britain. In theory, it should make no difference whoever wins that election, because all the political parties are pledged to seeking British entry. In fact, such a unanimity of principle is going, above all as the election draws near, to pose severe strains upon the democratic tradition under which one party insists that while it is an angel of light and a miracle of competence, its opponent is a creature of darkness who couldn't run a wheel stall. The ideal thing would be a multi-lateral self-denying ordinance to remove the whole Common Market issue from the electoral campaign. But sometimes—certainly in this case—the ideal is also the impossible.

It was time for a new wind in Europe. Nothing struck me so much on my recent journey as the huge new building in Brussels into which the Commission of the E E C—the Communities' civil service—has just moved. Its miles of bleak corridors, its Kafka-esque vista of huge empty halls serving no apparent purpose, its depressingly de-humanised atmosphere, all seemed to symbolise the dead-end in which the European idea has got stuck.

Now new horizons open up before its soulless facade, horizons against which the problems of butter prices will be reduced to their appropriate proportions. Provided no one succumbs to an overdose of self-interest, both Europe and Britain could be beginning their greatest adventure.

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
 DATE-DATUM: 5/12/69 PAGE-SEITE: 11/26
 CLASSEMENT-ABLAGE: di. sp. LaHaye
BSS + h. Dabris
 A-AN: _____

Fortschritt für Europa

Kommentar im Bundeshaus zum Ergebnis der EWG-Gipfelkonferenz

um. Bern, 3. Dezember

Das Ergebnis der EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag, das in einer Bestätigung des politischen Willens besteht, die Uebergangphase auf Ende Jahr abzuschließen und das noch bestehende Problem, die Agrarfinanzierung, einer Lösung zuzuführen, wird im Bundeshaus für Europa als *erfreulicher Fortschritt* gewertet. Zwar hat sich der Bundesrat zum Ergebnis der Haager Konferenz noch nicht ausgesprochen — dies dürfte Gegenstand der besonderen Sitzung der Landesregierung vom Freitag sein, die speziell Integrationsproblemen gewidmet ist. Die zuständigen Kreise im EVD erklären jedoch, daß nunmehr die Annahme berechtigt sei, daß die EWG in das definitive Stadium eintreten und als irreversibel betrachtet werden könne. Mit Befriedigung nimmt man ferner davon Kenntnis, daß von der Gipfelkonferenz aus dieser Konsolidierung der Schluß gezogen werden könne, eine *Erweiterung der EWG* könne nunmehr in die Wege geleitet werden.

Gesamtlösung

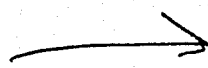
Der Direktor der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Botschafter *Dr. Paul Jolles*, erklärte vor der Presse, die von der Schweiz seit Jahren vertretene These, die von Bundesrat Schaffner wiederholt im Parlament und an EFTA-Ministerkonferenzen dargelegt worden ist, daß in diesem Fall eine *Gesamtlösung* angestrebt werden müsse, um neue Spaltungen zu vermeiden, habe in den Beratungen der Gipfelkonferenz ihre Bestätigung gefunden. Dies bedinge, daß parallel zu den Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten *Gespräche mit den Neutralen* aufgenommen werden, um die Grundlage für Verhandlungen über besondere Regelungen, die dem politischen Status dieser Länder Rechnung tragen würden, zu finden. Der von der Schweiz, das heißt von den Bundesräten Spühler und Celio, Präsident Rey gegenüber geäußerte Wunsch, der auch den Sechs direkt zur Kenntnis gebracht wurde, hat somit ein positives Echo gefunden.

Nicht nur ein einzelner, sondern verschiedene Staats- und Regierungschefs — Pompidou, Brandt, Eyskens — haben die Schweiz namentlich erwähnt. Es hat sich somit gezeigt, daß die schweizerische Willensäußerung rechtzeitig erfolgt ist und unser Land, wegen der von ihm während der Jahre der politischen Blockierung der EWG-Erweiterung geübten

Zurückhaltung, in keiner Weise gegenüber den andern EFTA-Staaten in Verzug geraten ist. Das Bestehen der EFTA als wirtschaftliche Tatsache dürfte seinerseits dem Erreichen einer Gesamtlösung förderlich sein. Die starke Betonung der *«Finalité politique»* ist an der Gipfelkonferenz bestätigt worden, so daß nach wie vor für ein neutrales Land wie die Schweiz aus politischen Gründen eine Sonderregelung erforderlich scheint. Der Inhalt der politischen Zielsetzung ist jedoch im einzelnen nicht präzisiert worden. Die Berücksichtigung der nationalen Eigenart und die Aufgabe, die internationale Entspannung und die Verständigung der Völker zu fördern, sind jedoch in diesem Zusammenhang erwähnt worden. In dieser Optik sollten nach Ansicht von Botschafter Jolles die neutralen Staaten eine positive Rolle spielen können.

Die Schweiz wird nunmehr, gestützt auf diese Vorarbeiten der letzten Jahre, Gespräche mit der EWG ins Auge fassen können. In erster Linie wird der *mögliche Inhalt einer Vereinbarung* abzuklären sein. Dieser wird der Vielgestaltigkeit und der Enge der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen Rechnung zu tragen haben. Die diesem Inhalt und der schweizerischen Neutralität und Staatsstruktur angemessenen Modalitäten der letzten Endes auszuhandelnden Regelung sollten nach Auffassung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements im Verlaufe derartiger Gespräche besser erkennbar werden.

Dieser Prozeß der gegenseitigen Annäherung und Abklärung des möglichen Inhalts einer Vereinbarung wird zweifellos durch die bereits bestehenden engen und *freundschaftlichen Beziehungen* zur EWG erleichtert werden. Er muß jedoch schon deshalb frühzeitig einsetzen, weil er angesichts der bloßen Komplexität der Materie geraume Zeit erfordert und wesentlich durch die Pläne der EWG für den Ausbau der Wirtschaftsunion beeinflusst wird. Die EWG-interne Verhandlung über diese neue Etappe soll nach Auffassung der Gipfelkonferenz parallel geführt werden mit den Erweiterungsverhandlungen, so daß die interessierten Drittstaaten Kenntnis erhalten werden über die zukünftige Ausgestaltung des erweiterten Gemeinsamen Marktes. Botschafter Jolles betrachtet es aber verfrüht, schon heute Vermutungen über den für die Schweiz erforderlichen Zeitplan und die Dauer der Gespräche anzustellen. Das Communiqué der Gipfelkonferenz vermittele jedoch einen *sachlichen Ueberblick* über die wichtigsten im Zuge des Ausbaus der Wirtschaftsunion und der Erweiterung zu bewältigenden Aufgaben, von deren Fortschritt im allgemeinen der Zeitfaktor abhängen dürfte.



Die europäische Ernte in Den Haag

Der Urheber der EWG-Gipfelkonferenz, Präsident Pompidou, hatte seine erste Rede im Haager Ridderzaal mit dem Hinweis eingeleitet, er habe eine Beratung auf höchster Ebene für angebracht gehalten, «weil die nächsten Monate für die Zukunft der Gemeinschaft von besonderer Bedeutung sein werden». Darüber waren sich alle Beteiligten seit langem einig. Aber sie verstanden darunter nicht immer dasselbe. Hier hat das Gipfeltreffen entschieden klärend gewirkt. Daher war sein Nutzen offensichtlich. Es ging, nachdem sich die Stimmung am zweiten Konferenztag erheblich verbessert hatte, doch mit erneuertem Vertrauen zu Ende, zu dem Pompidou viel beigetragen hat. Sein *Wille zur Zusammenarbeit* schien echt, auch dort, wo es um die geographische Erweiterung des Gemeinsamen Marktes ging.

Die Vorbereitungen dafür sollen nach Pompidou «rasch, aktiv und positiv» abgewickelt werden. Dieses Wort wurde zum Nennwert genommen — so sehr, daß sich die Partner mit dem Verzicht auf die Erwähnung eines Termins für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Communiqué abfanden. Erleichtert wurde das durch die erklärte Absicht, ein *Verhandlungsmandat* bis spätestens Mitte 1970 festzulegen.

Man vereinbarte, daß alle sechs Delegationen dies öffentlich verkünden würden. Freilich geschah das nicht auf identische Weise. Die meisten Sprecher erklärten den positiven Willen, die Vorbereitungen so voranzutreiben, daß spätestens zu Beginn des zweiten Semesters 1970 mit den Verhandlungen begonnen werden könne. Außenminister *Schumann* sagte vor der Presse lediglich, er sehe keinen Grund, warum dies nicht gelingen sollte. Nuancen? Die Meinung überwog, Frankreich habe gute Gründe, die Aufnahme Englands in die EWG nicht mehr grundsätzlich zu verwerfen.

Paris setzte für die Verhandlungsaufnahme aber seine zwei entscheidenden *Voraussetzungen* durch, nämlich die «Vollendung» des Gemeinsamen Marktes, das heißt die endgültige Einigung der Sechs über die Finanzierung der

Gemeinschaft, bis Ende 1969, und die Bestimmung der Beitrittsbedingungen durch die Sechs allein. Die Erweiterung der EWG bleibt nach der «Vollendung» und der «Vertiefung» *an dritter Stelle*, also dort, wo Frankreich sie stets haben wollte.

Schumann unterließ nicht, dies nachdrücklich zu betonen. Er stellte das Konferenzergebnis überhaupt als *Triumph des französischen Standpunktes* dar. Es war nach seinen Worten der Lohn für Pompidous Gipfelinitiative.

Diese Auslegung könnte zu einiger Skepsis veranlassen. Ganz läßt sich diese tatsächlich nicht unterdrücken. Das Ergebnis des Gipfels weicht von dem ab, was beispielsweise Hollands «puritanische Föderalisten» auf ihre Fahnen geschrieben haben. Dazu gehört eine progressive, wenn nicht progressistische Stärkung der supranationalen Institutionen, einschließlich eines durch direkte *Volkswahl* zu erkü-

den *europäischen Parlaments*. Das hat der Gipfel nicht hergegeben. Er beschränkte sich auf das Prinzip erweiterter Budgetkontrollbefugnisse der Straßburger Versammlung. Die Frage der Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat bleibt offen. Die *Brüsseler Kommission* fand keinen Anwalt ihrer Kräftigung im institutionellen System. Frankreich findet, die institutionellen Fragen gehörten in den Zusammenhang der Erweiterung. Es scheint nicht zu befürchten, daß Englands Beitritt die supranationalen Bäume in den Himmel wachsen lassen wird.

Es war wohl die Aussicht auf diesen Beitritt, die Frankreichs Partner anlockte. Man beharrte auch nicht auf einer Gestaltung der gemeinsamen Finanzierungsregelung, die ausdrücklich der kommenden Erweiterung der EWG Rechnung zu tragen habe. Frankreichs Auffassung setzte sich durch, daß sich die Sechs im Zusammenhang mit der *Agrarfinanzierung* ein *definitives Reglement* geben sollen, welches nur einstimmig modifiziert werden könne. Was im Zusammenhang mit der Finanzregelung den noch immer sehr kranken Agrarmarkt betrifft, so gab sich die Bundesrepublik mit der Erklärung zufrieden, die Ueberschüsse müßten besser als bisher bekämpft werden, damit sie nicht zu viel kosteten. Immerhin bleibt die Ratifikationsbedürftigkeit der Finanzregelung eine Waffe in der Hand derer, die allgemein Frankreichs «Politik der Oeffnung» weiterhin mißtrauen sollten. Aber allzu scharf ist diese Waffe in Wirklichkeit nicht.

Was brachte der Gipfel noch? Vor allem einen ansehnlichen *Strauß guter Vorsätze* wirtschaftspolitischer Art, die von der Währungspolitik bis zur Euratom reichen. Er sollte nicht unterschätzt werden. Vielleicht ermöglicht er auch eine sachgerechtere Einordnung der Landwirtschaft in die gesamte wirtschaftliche Integration. Bei Lichte besehen, war allerdings die ganze Vielfalt von Absichten zur Verwirklichung der Wirtschaftsunion nicht eigentlich schöpferisch. Jedes Element davon ist seit langem Gegenstand von Fachberatungen, zu jedem hat die Europäische Kommission Anregungen und Vorschläge gemacht. Aber offenbar gilt das alles erst ernsthaft, wenn es die Regierungsoberhäupter sagen. Was daraus wird, muß sich allerdings wieder im Rahmen der Brüsseler Integrationsmaschinerie entscheiden. Wird diese das gewaltige Pensum schaffen?

Ueberfordert ist sie sicherlich dort, wo es um eine engere *außenpolitische Zusammenarbeit* geht. Davon war in Den Haag wiederholt die Rede. Man kann den Beginn einer «*relance*» im Auftrag an die Außenminister sehen, bis zu den Sommerferien 1970 Vorschläge über «Fortschritte auf dem Gebiete der politischen Einigung» zu machen. Das hat laut Communiqué «in der Perspektive der Erweiterung» zu geschehen und war aus diesem Grund für alle akzeptabel. Daß das künftige einige Europa von Staaten getragen werden soll, die ihre «*nationale Eigenart*» bewahren, daß es zur Erhaltung des «*Gleichgewichts der Welt*» beitragen soll und daß «*internationale*

Entspannung» sowie Verständigung «zwischen den Völkern des ganzen europäischen Kontinents» als politische Hauptziele proklamiert wurden — das alles veranlaßt die Franzosen nochmals zu Äußerungen der Genugtuung. Es sei, meinte Schumann, die konstante französische Politik, die hier verfolgt und erfreulicherweise jetzt auch von den Partnern anerkannt werde.

Zr.

● G X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: DIE WELTWOCHEN

DATE-DATUM: 5/12/69 PAGE-SEITE: /

CLASSEMENT-ABLAGE: d. sp. La Haye

A-AN: /

EWG-Gewichtsverlagerung auf Bonn:

Mit Sturm und Drang

nach Europa

Den Haag. — Europas Tageszeitungen setzten ihre Leser in den zwei ersten Dezembertagen argen Wechselbädern aus. Von Rom bis London herrschte — und herrscht weiter — Konfusion über die Bedeutung des Ergebnisses der EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag. Die Meinungspalette reicht vom schwarzen Pessimismus bis zu einem rosaroten Optimismus. Die Schlagzeilen der wichtigsten Zeitungen nach dem ersten Konferenztag in Den Haag waren bunt wie nie: «Europa ist ein grosses Fiasko», interpretierte der EWG-feindliche «Daily Express». «Frankreich treibt ein neues Wartespiel», meint der «Manchester Guardian», «Pompidou bezieht eine harte Verhandlungsfront», schrieb die «Times», «Sechs Regierungschefs suchen neue Impulse für Europa», prophezeite neutral «Die Welt».

Der dominierende Akzent der Zeitungen war aber derjenige einer starken Konfrontation Deutschland—Frankreich. Die harte Haltung von Bonns neuem Kanzler Willy Brandt war die grosse Ueberraschung in Den Haag. Sie setzt neue Akzente in Europa. Die meisten Tageszeitungen unterstrichen diese Erscheinung.

«Brandt fordert Pompidou heraus», überschreibt die Gazette von Antwerpen. «Brandt dominiert die erste Sitzung» meint der «Figaro», «Brandt drängt...», heisst es in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung».

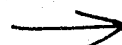
Die Gipfelkonferenz in Den Haag hat tatsächlich den Eindruck hinterlassen, als sei die Funktion der tonangebenden Rolle im Europa-Konzert von Paris auf Bonn übergegangen. Drei der EWG-Ministerpräsidenten, die sich in Den Haag versammelt hatten, der Italiener Rumor, der Belgier Eyskens und der Holländer De Jong, sind nicht nur physisch äusserst kleingewachsen, sie machten sich im Europagespräch auch relativ klein. Der Dialog wurde von Brandt und Pompidou beherrscht, und ein eminent französischer Journalist meinte darnach: «Pompidou wird keine grossen politi-

schen Initiativen ergreifen; sein Leitspruch ist und bleibt einer der Abdankung, nämlich: ‚Wir sind bereit, so weit und so rasch voranzuschreiten wie die andern.‘» Die Initiative fürs rasche Vorschreiten hat aber eigentlich in Den Haag kaum jemand übernommen, nicht einmal Brandt. Erwartet wird sie indessen von Bonn.

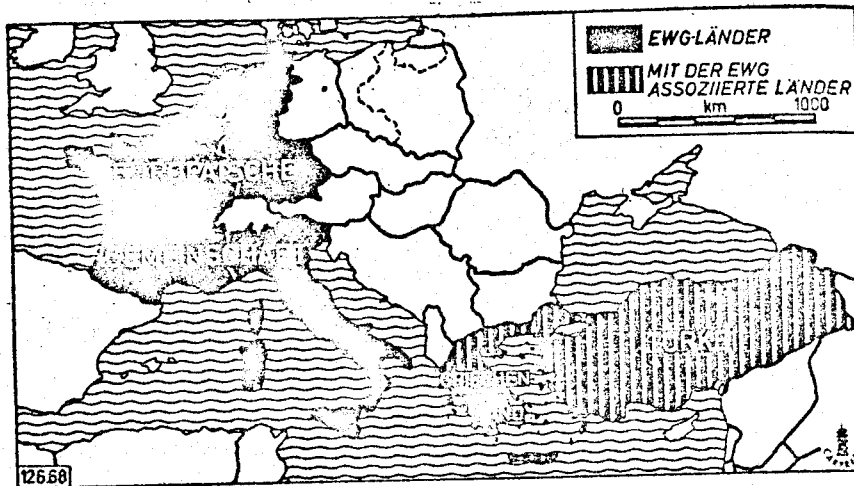
Frage nach der Führung

Die Frage, wer in Europa die Führung übernehmen wird, bekommt plötzlich deswegen erstrangige Bedeutung, weil die Leitlinien, welche die EWG-Gipfelkonferenz lieferte, grobgesponnen sind und ausserdem oft nur ein Tarnnetz für viele noch bestehende Differenzen bilden. Wenn all die neuen Vorschläge und die Differenzen im Detail behandelt werden, wird noch viel Phantasie, Mut und politisches Vorstellungsvermögen nötig sein, um zu einem guten Resultat zu kommen.

Wer in der EWG soll diese gedankliche Anstrengung übernehmen? Paris scheint kein grosses Interesse daran zu haben. Die französische Verwaltung war offensichtlich in den letzten Jahren zu sehr auf Opposition getrimmt, als dass sie jetzt plötzlich positive Elemente und Gedanken liefern könnte. Pompidous Rolle in Den Haag war jene eines Mannes, der einem lang gestoppten Zug wieder grünes Licht und ein paar Ratschlä-



nisierung der Aussenpolitik». Bei näherer Betrachtung ist aber dieser Vorschlag begrenzt. Nach französischen Vorstellungen soll die Harmonisierung der Aussenpolitik vor allem dort aktiv werden, wo die früher gaullistische Aussenpolitik sich nicht durchsetzen konnte, bei der «Stärkung Europas» gegenüber den Grossmächten», auf dem Währungssektor, wo die nationalistische französische Goldpolitik scheiterte. Jetzt schlägt Pom-



ge mit auf den Weg gibt. Aber das Ziel des Zuges, das schon lange bestimmt ist, hat er nicht geändert. Im Gegenteil sagte er vom Fahrplan — den Römer Verträgen und allem, was sich in den letzten 12 Jahren darauf aufgebaut hat —, dass er «eifersüchtig bewahrt werden muss».

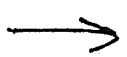
Frankreichs Staatschef benahm sich in mancher Hinsicht als der Konservator des bereits Erreichten. Er hat zwar ein halbes Dutzend Vorschläge auf den Tisch gelegt, die alle sehr spektakulär erschienen, weil sie aus dem Mund eines Gaullisten kamen, die sich aber in keinem Falle über die Ziele hinaus bewegten, die nicht schon in den Römer Verträgen wenn nicht festgelegt, so doch zumindest angetönt waren — so die «Vervollständigung der Niederlassungsfreiheit der EWG-Bewohner».

Die «Abschaffung aller Grenzkontrollen», gemeinsame Wirtschaftsziele durch gemeinsame Planung, Start einer EWG-Währungspolitik als Anfang einer eventuellen Währungsunion, «Schaffung eines Sozialfonds», Rettung des Euratom usw. Der gewagteste Vorschlag Pompidous war vielleicht jener einer «Harmo-

pidou vor, dass die EWG gegenüber dem Währungsfonds in allen Umständen eine gemeinsame Haltung einnimmt.

Aufwertung der EWG-Kommission

Vielleicht werden zukünftige Geschichtsschreiber einmal feststellen, dass Frankreich aus verschiedenen Gründen mit der EWG-Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 eine Politik des Friedens an der europäischen Front einleitete. In seinem Konservatismus hat Frankreich einen Verbündeten, entdeckt, der von Gaullisten früher überhaupt nicht beachtet oder dann nur mit Schimpf bedacht wurde: die Brüsseler EWG-Exekutive unter der Leitung von Jean Rey. Nach den Römer Verträgen ist die EWG-Kommission die Hüterin der Abmachungen, die getroffen wurden und getroffen werden. Da diese Haltung heute weitgehend derjenigen der französischen Regierung zu entsprechen scheint, ist plötzlich eine systematische Aufwertung der EWG-Kommission zu bemerken. Fast ebenso systematisch, wie zur Zeit de Gaulles die Autorität der EWG



Kommission unterminiert wurde, wird sie jetzt von Paris unterstützt.

In Den Haag trieb Pompidou das Wohlwollen auf die Spitze. Als am zweiten Verhandlungstag auch die EWG-Kommission in den Rittersaal zur Teilnahme an den Verhandlungen berufen wurde, begann Pompidou seine Rede mit einem Lob der EWG-Kommission. . . Viele Zeugen früherer Erniedrigungen der Kommission durch Paris konnten sich eines ironischen Lächelns nicht enthalten.

Paris sieht nun also in der EWG-Kommission wieder die geeignete und vertrauenswürdige Stelle, der die Wiederbelebung und sogar die Erweiterung der EWG anvertraut werden kann. Die ändern EWG-Länder sind gezwungen, mitzumachen, denn sie können heute kaum verleugnen, was sie gegenüber General de Gaulle mit Zeter und Mordio verteidigt hatten.

Deutschland dominiert

Dennoch wird die EWG-Kommission mit den Fesseln behaftet sein, die ihr als EWG-Exekutive natürlicherweise angelegt sind, nämlich die Vertragstexte. Sie kann sich zwar hie und da einmal die Freiheit nehmen, über diese Texte hinaus Vorschläge zu machen, aber eigentliche weitreichende Initiativen, die über ihre Rolle des treuen Verwalters hinausreichen, sind kaum von ihr zu erwarten. Das mag vielen genügen, aber wohl kaum Bonn.

Der neue deutsche Kanzler hat in Den Haag gezeigt, dass bei ihm so etwas wie eine neue europäische Sturm- und Drang-Zeit ausgebrochen ist. Mit einem kleinen Aufhauch von Kraftmeierei hat er am EWG-Gipfel versucht, den Beweis zu liefern, dass das Sprichwort von der Bundesrepublik als «wirtschaftlichem Riesen und politischem Zwerg» nicht mehr gilt.

Brandt war hart und selbstbewusst. Fast schien er in einer Passage seiner Rede zu sagen: «Ich nehme es nicht nur mit euch auf, sondern auch mit den Briten.»

Diese Passage lautete: «Wer befürchtet, dass sich das wirtschaftliche Gewicht der Bundesrepublik Deutschland zum Nachteil der Ausgewogenheit innerhalb der EWG auswirken könnte, der sollte auch deswegen für die Erweiterung

(durch Grossbritannien und andere Länder) sein.»

Während Staatspräsident Pompidou jede harte Forderung unterliess und alles Unangenehme, das er seinen Partnern zu sagen hatte, in Frageform kleidete (24 Zeilen Fragen auf 84 Zeilen der Eröffnungsrede), war Brandts Sprache unverblümt.

Typisch war seine Haltung in der Beitrittsfrage: «Ich sage in allem Freimut: der Deutsche Bundestag und die öffentliche Meinung erwarten, dass ich von dieser Konferenz nicht ohne konkrete Vereinbarungen in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft zurückkehren kann.» In bezug auf die innere Gestaltung der EWG forderte der deutsche Kanzler kurzerhand Gegenleistungen für die europäische Haltung der Bundesrepublik: «Die deutsche Regierung muss dartun können, dass die von ihr geforderten Leistungen sinnvoll, angemessen und überschaubar sind und dass der mit dem westeuropäischen Zusammenschluss eingeschlagene Weg der politisch richtige ist.»

Die Journalisten, die den neuen deutschen Kanzler in Den Haag an der Arbeit sahen, konnten es noch nicht recht glauben. Einige verglichen ihn mit dem berühmten Frosch, der sich aufbläst; ein französischer Journalist kommentierte nach einer deutschen Pressekonferenz spontan: «Es ist doch etwas komisch, dass Pompidou die Gipfelkonferenz einberufen hat und diese jetzt von den Deutschen dominiert wird.»

Ob das für die EWG und Europa zutreffen wird, ist eine berechtigte Frage geworden.

Erich Reyhl



THE COMMON MARKET: BURIAL OR REVIVAL?

WHENEVER kings come together," Goethe wrote, "it is always bad news." This week the heads of the six nations of the European Economic Community hope to prove the poet wrong when they meet in the 13th century Hall of Knights in The Hague. The two-day summit meeting could prove of critical importance in determining the future of the Common Market, and indeed of all Europe. Since the Market was created twelve years ago, it has not merely lost momentum but has also shown signs of coming apart.

The business of the "kings"—in reality the President of France, the Chancellor of West Germany and the Premiers of Italy, Belgium, The Netherlands and Luxembourg—is to determine how badly they want this economic union to endure and what they should do to revive its impetus. There was a great air of uncertainty over the direction the talks would take. As he processed credentials for the 500 newsmen attracted by the spectacle, one Dutch official wryly inquired last week: "Is it to be a burial or a revival?"

The man chiefly responsible for the Market's state of disarray will not be at the huge oval table. Charles de Gaulle saw the EEC as little more than an expediter of French policies and was determined to keep it thoroughly subservient to the six governments that brought it into being. On two occasions De Gaulle vetoed British membership. During one seven-month period, he ordered his ministers to boycott all meetings of the Six to demonstrate his displeasure over what he considered supranational power plays by the EEC Commission. De Gaulle became a symbol of obstinacy, but he also provided a convenient screen for the other members, who disagreed too about the way in which the Market was being shaped. Publicly, the five deplored France. Privately, they occasionally scuttled Market proposals that collided with their own particular national objectives.

Bureaucrats and Butterbergs. The result is that the Common Market today is still little more than an imperfect customs union—which is precisely what France's President Georges Pompidou sneeringly called it while serving as De Gaulle's Premier. Joint policies on money and transportation have never been worked out. Uniform tax reforms were supposed to be completed by the beginning of 1970, but Italy and Belgium have airily announced that they will be unable to meet the date.

The most stubborn problem of all is agriculture. Seventeen months ago, a new agricultural policy was introduced that called for a single six-nation market with uniform prices for most farm

products. Hailed as the Common Market's finest achievement, the policy has not worked as well in practice as it did on paper. French devaluation and German revaluation shook the price structure. Instead of eliminating marginal farmers, the Six have kept them in business through a tangled network of supports and tariffs.

The main beneficiaries are the farmers of France, who chiefly benefit from the artificially high prices set by the Market. The big losers are the Germans, who agreed to foot 28% of the agricultural bill in return for a wider market for their industrial goods. The re-

meiters: expanding the EEC beyond its present membership. Applications are pending from Britain, Ireland, Denmark and Norway. Of the postulants, Britain is obviously the most important, and sentiment is growing among ordinary Europeans for British admission. A recent *Paris Match* poll showed 52% of Frenchmen saying yes. Officials at the Quai d'Orsay let it be known that the French were going to The Hague "to begin the process of getting Britain into the Common Market."

The British themselves, on the other hand, have begun to have second thoughts. Two weeks ago, a *Times* of

OLIPHANT—THE DENVER POST



"NOW?"

sult of the subsidies has been a dizzying upsurge in production and the creation of mountainous surpluses—including a 425,000-ton "Butterberg" and 8,000,000 tons of wheat. Merely to store the surplus farm products costs the Six \$400,000 a day.

The French are wary of any change in agricultural policy and are determined to take that matter up before anything else. Certainly Pompidou has enough political problems to handle without having to worry about a bigger rebellion among farmers. Consequently, he is anxious to come away from The Hague with a guarantee that the subsidy system for French farmers will be continued. But West Germany is urging that other accommodations be worked out. The summit delegates will probably compromise by extending the present system for one more year while they work out something better.

The Great Federator. After agriculture has been disposed of, the French may then be amenable to discussing the issue that many Eurocrats count as the most important confronting the sum-

London poll found 54% of them opposed to joining the Common Market. Because trade balances have improved and the pound is stronger, Britain has emerged from its slough of economic despond. "We no longer face the challenge of Europe cap in hand," Prime Minister Harold Wilson told a cheering Labor Party meeting in Brighton two months ago. "Europe needs us just as much as, and many would say more than, we need Europe." What worries the Prime Minister and other Britons, for one thing, is that membership would bring an immediate and politically damaging rise in consumer prices. Butter costs 48¢ a pound in England today and eggs 50¢ a dozen; in Paris, butter costs \$1.08, eggs 84¢.

Britain has other reservations about joining a union in which it has sought membership for so long. One is the fear that Britain will be drawn into a political assembly in which ancient forms and traditions will disappear. Actually, the prospect is remote. Political union was the goal toward which Jean Monnet and other Pan-Europeans sought to

- 2 -

steer the Common Market more than a decade ago. The threat of the Soviet army perched across nearby borders made planners anxious to achieve union by any means. Today, however, the Russian threat appears to have diminished markedly; so has the possibility of war between old rivals, particularly France and Germany. These new realities have very much lessened the pressures for political confederation.

Bigger than Japan. Political union is plainly a long way off, if attainable at all, but what of a closer economic union? The Soviet threat has been largely replaced by the American economic challenge, and Europe's economy may one day face eclipse unless it works out some response. The most logical response would be a vigorous, creative economic union that really did look beyond the narrow interests of French farmers and Walloon miners. Such a union, with Britain added to the present Six, would mean a Common Market of nearly 240 million people. Japan has managed to become a leading commercial power—and a growing political force—with less than half that many.

Though British membership in the Market is probably two or three years off at least, British leaders are already promoting this point of view. John Davies, outgoing director general of the Confederation of British Industry—whose U.S. equivalent is the National Association of Manufacturers—summed up the feeling recently in a farewell speech to his members. "The postwar history of our relationship with continental Europe," said Davies, directing his remarks across the Channel as well, "is one of missed opportunities, and not only on our side. The longer we postpone trying to develop as a continent rather than as a series of increasingly inadequate nation states, the more remote will become the time when we shall really exercise the influence in the world to which our experience, our humanity and our genius entitle us."

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: *Christian Science Monitor*
DATE-DATUM: *5/12/69* PAGE-SEITE: *1*
CLASSEMENT-ABLAGE: *d. sp. La Haye 1/2, 12, 69*
A-AN: _____

The suit (contd.)

All participants in this week's Common Market summit at The Hague knew that if their meeting were not to be a failure, they had to be on their best behavior as good Europeans. They all were.

The key figure of French President Pompidou made enough concessions to open the door to talks on Britain's admission to the Common Market without insisting on conditions at this stage that would be unacceptable to Britain. West German Chancellor Willy Brandt was conciliatory and reassuring, managing simultaneously to keep his country's special lines out to France, to argue the British case and to give no opening to the Germanophobes who fear German hegemony under every bed. For the Benelux group, Netherlands Foreign Minister Luns was ever at hand to enjoin (when necessary) — as Hamlet's mother did: "More matter, with less art!"

And the Italians? Well, the difficulties of the Rumor Cabinet at home kept them perhaps in what the Japanese would call a low posture. But it was an Italian initiative, resulting from Foreign Minister Moro's indisposition, that had made necessary the postponement of The Hague meeting from mid-November to the beginning of December.

In those intervening two weeks, there were two significant developments within

France which combined to dissipate some of the distrust which French representatives have had to face at Common Market meetings in recent years and to add credibility to President Pompidou's professions of good European intentions. These developments were: (1) the publication of a French National Assembly Committee's report saying that in British entry into the Common Market "there is both a political and economic interest" for France; and (2) a public opinion poll by one of France's most respected organizations showing that a considerable majority of Frenchmen of all shades of political opinion put their hope in a European community including Britain.

There is thus general acceptance of President Pompidou's sincerity in agreeing to talks on Britain's entry into the Common Market. There are hurdles along the road before the market can take up the talks. They center on the community's agricultural policies which Mr. Pompidou apparently wants resolved in France's favor before Britain is inside to add her weight in an opposite direction. On this some compromise is likely. But ironically the question could then be whether, while France has been getting more willing, Britain has been getting more unwilling and might even be the one this time to say "No" at the altar.

DG X - A / 1



GD X - A / 1

JOURNAL-ZEITUNG: INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE

DATE-DATUM: 6/7, 12, 69 PAGE-SEITE: 5

CLASSEMENT-ABLAGE: d. Jp. La Haye

A-AN: _____

News Analysis

EEC Meeting May Mark Turning Point for Europe

By Clyde H. Farnsworth

PARIS, Dec. 5 (NYT).—The meeting in The Hague Tuesday may mark a great turning point in European history.

The leaders of the six members of the Common Market, gathered in the Hague's Hall of Knights, agreed that their community should be enlarged and that, provided the British are willing, negotiations could begin next July.

The decision, which may reshape Europe in the 1970s by creating a vast single market of more than 250 million people, represents a victory for persistence. It also shows the changes that are taking place in the leadership of the EEC, the shift from Paris to Bonn.

Twice under former President Charles de Gaulle, France vetoed British membership, but with the passing of the De Gaulle regime and the reverses of the franc, France lacked the authority to make the veto stick.

Brandt's Role

The five other EEC members, led by German Chancellor Willy Brandt, the star in The Hague, pressed the British case. "The German parliament and public expect me not to return from this conference without concrete arrangements regarding the community's enlargement," Mr. Brandt said.

He got what he wanted. President Georges Pompidou of France extracted concessions in agriculture, but this did not diminish the importance of the Brandt victory. Succumbing to pressure, French policy has shifted 180 degrees.

The fact that France unequivocally agreed to the opening of negotiations with Britain was seen by most people in The Hague, where the leaders met Monday and Tuesday, as a patent, profound and historic change in French foreign policy, hitherto opposed to those negotiations. The fact that France naturally will try to get the most out of the negotiations was not seen as basically contradictory to this view.

New Questions

So the pact was made, and now Europe awaits the answer to the new questions that are posed. Do the British really want to join the community? And what price are they willing to pay?

There is little doubt the conditions will be stiff. Britain will have to accept the common external tariff, which means it cannot trade the way it is used to, and it will make a heavy financial contribution to community agriculture, which will mean a drain of several hundred million dollars a year in its balance of payments. Furthermore, the British housewife will pay more for food, a politically explosive issue because this is where membership really hurts.

Anti-Common Market groups in Britain claim to speak for the silent majority.

It will be up to the skill of British negotiators to try to ease the conditions as much as possible. They will want long transition periods so that Britain can take the medicine gradually. They will argue strongly that Britain should not be called upon to pay an unfair amount into the EEC agricultural till.

There is a strong feeling in Paris that Britain will never pay the price of entry. But this cynical French view is not necessarily the best reading of British government intentions.

British Cards

A new phase has opened, a phase of tough negotiations, in which both the EEC and the British will play their cards close to the chest.

An American diplomat who has long observed the Common Market scene said that if the negotiations are well prepared they should end in success. He assumes the political will now exists on both sides of the Channel.

If the negotiations drag out for much longer than a year, however,

it could be a sign of impending failure, British and Continental diplomats say. Assuming a year for negotiations and a year for parliamentary ratification of the agreement, Britain could be in the market by 1972.

But surprises may be in store. The six EEC leaders agreed, at the demand of Mr. Pompidou, that they would have to adopt a common negotiating position.

In the earlier round of negotiations that ended with Gen. de Gaulle's veto in January, 1963, there was no common position, and the British were able to play off one member state against the other. France often found itself a minority of one, a situation which French diplomats have said will never be tolerated again.

Common Front

But in establishing a common position it will be easy for one country to stiffen the membership terms, perhaps beyond Britain's capacity or willingness to meet.

Britain's objectives in joining the community have always been mainly political. Although British industrialists believe they can benefit in free export competition on the Continent once the tariff barriers are lifted, the overriding concern of the British government has been political isolation from important developments on the Continent.

As Britain lost its empire and its influence in world affairs, it needed a forum in Europe. It did not, however, see the importance of the community in its formative years, a misjudgment Gen. de Gaulle capitalized on to force the British to do penance. But that era has now ended.

Should Britain join the community, the three other applicants—Denmark, Ireland and Norway—will probably follow. There will also have to be some accommodation for neutral states such as Sweden, Switzerland and Austria.

It is impossible to predict what the final structure will look like. It is hard to imagine how administrators will sort out the simple technical question of what languages should be used. Perhaps French fears that English will dominate will be borne out.

But there was a strong feeling in The Hague that something new and vital is emerging with great implications for Europe and the world.